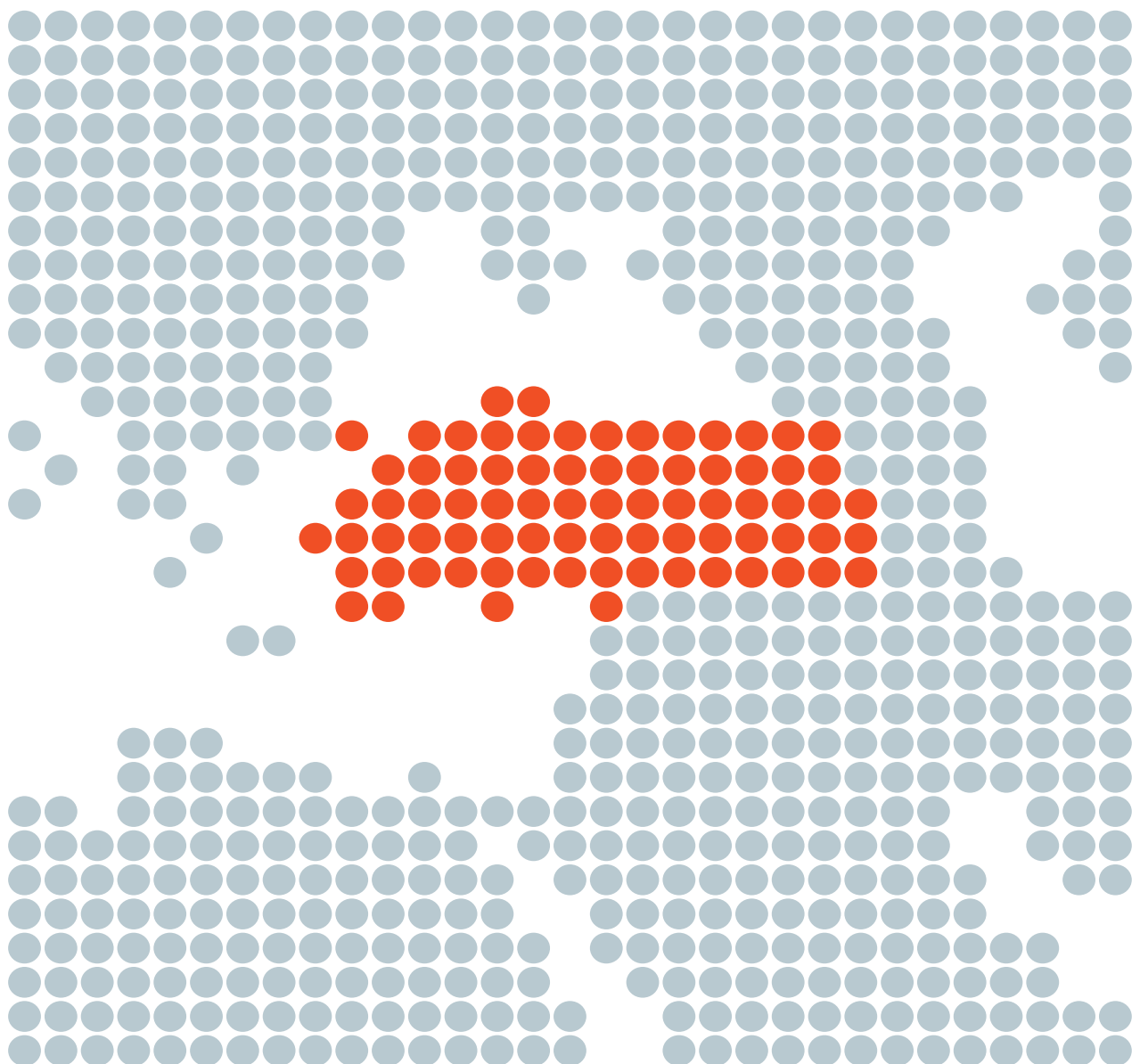


Türkei

Informationsdienst

Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern

deutscher Rüstungsexporte



INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	2
------------------------	----------

GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR	2
Deutsche Rüstungsexporte	4
Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für das Empfängerland	10
Militärausgaben	12
Lokale Rüstungsindustrie	15
Streitkräftestruktur	15
Bewaffnung der Streitkräfte	18
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	23
Polizei und andere Sicherheitskräfte	25

INFORMATIONEN NACH DEN KRITERIEN DES GEMEINSAMEN STANDPUNKTS	26
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	26
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	27
Innere Lage im Empfängerland	31
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	32
Bedrohung von Alliierten	35
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	37
Unerlaubte Wiederausfuhr	39
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	39

ZUSAMMENFASSUNG

Militärischer Sektor in der Türkei

Die relativ breit aufgestellte türkische Rüstungsindustrie besteht aus ca. 100 Kernunternehmen. An rund einem Fünftel davon ist der türkische Staat beteiligt. Dennoch gehört die Türkei weltweit zu den größten Rüstungsimporteuren. Wichtigster Rüstungsgüterlieferant sind die USA. Die Türkei ist als NATO-Mitglied aber auch immer wieder Abnehmer größerer Mengen deutscher Rüstungsgüter. Neben der Lieferung von Schiffen und Schiffsteilen für die türkische Marine stechen insbesondere größere Panzerlieferungen hervor. Seit Ende 2016 verfolgt die deutsche Bundesregierung eine restriktivere Genehmigungspolitik bezüglich der Rüstungsexporte in die Türkei. Als Gründe wurden die sich verschlechternde Menschenrechtslage nach dem Putschversuch, der sich erneut zuspitzende Kurdenkonflikt sowie die Befürchtung genannt, dass die Rüstungsgüter für Repressionen innerhalb der Türkei genutzt werden könnten. Trotzdem werden weiterhin Rüstungsexporte an die Türkei genehmigt.

Die Türkei ihrerseits ist in den letzten Jahren zwar darum bemüht, ihre Abhängigkeit von großen europäischen und US-Lieferanten zu reduzieren und sucht auch außerhalb der NATO Rüstungspartner wie etwa China und Russland. Dennoch bleiben Kooperationen mit NATO-Partnern, insbesondere den USA, für die Türkei weiterhin von zentraler Bedeutung.

Die gesellschaftliche Rolle des Militärs erlebt seit Beginn der Regierungszeit der AKP (Adalet ve Kalkınma Partisi, deutsch: Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) 2002 einen Wandel. Das Militär sah sich seit der Gründung der türkischen Republik 1923 stets als Wächter des Erbes des Staatsgründers Kemal Atatürk – hierzu zählt insbesondere eine strikte Trennung von Staat und Religion – und putschte deshalb dreimal erfolgreich gegen die Regierung (1960, 1971 und 1981). Seit 2003 jedoch wurden die Befugnisse des Militärs beschränkt und hohe Positionen innerhalb der Streitkräfte durch regierungsnahen Persönlichkeiten ersetzt. Diese Politik hat sich seit dem gescheiterten Putschversuch im Juli 2016, nach dem über 10.000 Soldaten entlassen wurden, noch einmal verstärkt. Die Einschränkung der Macht des Militärs wurde in der Bevölkerung und der Politik zum Teil sehr begrüßt. Allerdings zeigt sich gegenwärtig, dass mit diesem Prozess nicht die Stärkung der demokratischen Institutionen einhergeht.

Die türkische Polizei ist dem Innenministerium untergeordnet und weist eine stark zentralisierte Struktur auf. Durch die polizeiliche Rechenschaftspflicht gegenüber dem Innenminister untersteht sie der Kontrolle der jeweiligen Regierungspartei. Die Politik und die Polizeiarbeit sind eng miteinander verknüpft. Bei regierungskritischen Demonstrationen ist die Polizei in den letzten Jahren vermehrt gewaltsam gegen die Demonstrierenden vorgegangen. Wechselnde Regierungen versuchten, durch die Stärkung der Polizei, die eigene Macht gegenüber dem Militär auszubauen. Dies gelang allerdings erst teilweise seit der zunehmenden Machteinschränkung des Militärs unter der Regierung von Recep Tayyip Erdoğan.

Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts der Europäischen Union

Die Türkei ist fast allen zentralen Abrüstungsverträgen beigetreten, jedoch nicht dem Übereinkommen über Streumunition von 2010. Das Land stellt weiterhin Streubomben her bzw. behält sich das Recht dazu vor. Obwohl die Türkei allen UN-Menschenrechtsabkommen beigetreten ist, werden diese in vielen Fällen nicht eingehalten. Die Menschenrechtssituation der Türkei ist derzeit äußerst problematisch, insbesondere hinsichtlich der politischen Bürgerrechte. Dies resultiert aus einer ganzen Reihe von Entwicklungen in den vergangenen Jahren, zuletzt der Verhängung des Ausnahmezustandes nach dem gescheiterten Putschversuch am 15. Juli 2016. In dessen Folge ist eine zunehmende Missachtung der Presse- und Meinungsfreiheit ebenso wie die Diskriminierung der kurdischen Bevölkerung in der Türkei zu verzeichnen. Dieser Prozess war bereits seit einigen Jahren und insbesondere nach der Beendigung des Friedensprozesses mit der PKK (Partiya Karkerên Kurdistanê, deutsch: Arbeiterpartei Kurdistans) im Juli 2015 zu beobachten. In den letzten Monaten wurden zudem auf Grundlage des sehr weit gefassten Anti-Terrorismus-Gesetzes zahlreiche Bürger verhaftet. Seit dem erfolgreichen Verfassungsreferendum für die Einführung eines Präsidialsystems am 16. April 2017 betonte Erdoğan wiederholt seine Bestrebungen, die Todesstrafe wieder einzuführen.

Der sogenannte Kurdenkonflikt forderte in den letzten 30 Jahren ca. 40.000 Todesopfer. Im Zeitraum 2009 bis 2011 wurde unter Erdoğan zunächst eine „kurdische Öffnung“ begonnen. Doch der 2013 eingeleitete offizielle Friedensprozess wurde 2015 erfolglos für beendet erklärt. Seither flog die türkische Luftwaffe wiederholt Angriffe auf mutmaßliche Stellungen der PKK, die ihrerseits für Terroranschläge im Land verantwortlich ist. Im Südosten der Türkei kommt es seither immer wieder zu kriegerischen Auseinandersetzungen.

Die politische Situation in der Region ist erheblich angespannt. Mit Syrien und dem Irak grenzt die Türkei im Süden an zwei Länder, in denen seit mehreren Jahren Krieg herrscht. Durch die geographische Nähe ist die Türkei stark von den gewaltsamen Konflikten in diesen beiden Ländern betroffen und auch aktiv in die Kriegssereignisse involviert. So unterstützt die Türkei beispielsweise oppositionelle Gruppen im Kampf gegen Assad, kämpft aber auch gegen kurdische Gruppen in Syrien, um deren Einfluss und Autonomiebestrebungen zurückzudrängen. Im September 2015 überquerten erstmals seit 2011 wieder türkische Bodentruppen die Grenze zum Irak, um gegen die PKK vorzugehen. Die türkische Regierung pflegt zwar gute und für die Türkei bedeutende ökonomische Beziehungen zur kurdischen Regionalregierung (KRG), insbesondere zur einflussreichen PDK (Partiya Demokrata Kurdistanê, deutsch: Demokratische Partei Kurdistans) und dem bis zum 01. November 2017 amtierenden Präsidenten Masud Barzani. Die Unabhängigkeitsbestrebungen der nordirakischen Kurden lehnt die Türkei jedoch strikt ab.

GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2016 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes ¹	Gesamtwert
1999	Marinetechnik (98%)	976,15
2000	Teile für Kampfschiffe (61,4%); Herstellungsausrüstung für Rüstungsgüter (18,6%); Teile für Luftfahrzeuge (9,0%)	260,81
2001	Nebelwurfkörper, Lenkflugkörper, Abfeereinheiten für Lenkflugkörper, Teile für Minenräumgeräte und Lenkflugkörper (63,7%); Teile für Panzer, gepanzerte Fahrzeuge und andere Fahrzeuge (29,7%)	167,34
2002	Nebelwurfkörper, Übungswurfkörper, Abschusseinrichtung für Flugkörper, Teile für Torpedos, Flugkörper, Startplattform und Seeminen-Räumgeräte (39,7%); Wärmebildgeräte, Teile für Wärmebildgeräte und Bildverstärkerausrüstungen (19,9%); Feuerleiteinrichtungen, Bordwaffen-Steuersysteme, Laserentfernungsmesser, Prüf- und Justierausrüstungen, Teile für Feuerleiteinrichtungen, Bordwaffen-Steuersysteme und Feuerleitsysteme (18,0%); Anzeigegeräte, Navigationssysteme, Datenverarbeitungssysteme, Mess- und Prüfausrüstungen, Bauelemente und Baugruppen, Teile für Kommunikationssysteme, Radarsysteme und Stromversorgungen (5,7%)	123,99
2003	Patrouillenboot und Teile für Fregatten, U-Boote, Schnellboote, Minenräumboote, Patrouillenboote, Waffeneinsatzsysteme, Unterwasserortungsgeräte, Lenk- und Navigationsausrüstung (47,5%); Teile für Panzer, gepanzerte Fahrzeuge und Landfahrzeuge (34,7%); Elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Datenverarbeitungs-ausrüstung, elektronische Baugruppen und Teile für Kommunikations-ausrüstung, Ortungs- und Navigationsausrüstung, Datenverarbeitungs-ausrüstung, Stromversorgungen (6,7%)	440,3
2004	Torpedos, Minenräumgeräte und Teile für Torpedos, Flugkörper, Minenräumgeräte (54,4%), Zerstörer (zum Verschrotten) und Teile für U-Boote, Fregatten, Patrouillenboote, Kampfschiffe, Echolotanlagen, Lenk- und Navigationsausrüstung (15,1%),	72,76

¹ Für NATO-Mitglieder veröffentlicht die Bundesregierung in ihrem jährlichen Rüstungsexportbericht keine aufgeschlüsselten Informationen zu den jeweiligen Rüstungsgütern; es sei denn, das betreffende Land ist unter den 20 wichtigsten Bestimmungsländern des Jahres. Bei der Türkei ist dies meist der Fall. Ausnahmen stellen die Jahre 2009 und 2015 dar. Für diese beiden Jahre ist deshalb keine Aufschlüsselung der Güter in Prozent des Gesamtwertes möglich.

LÄNDERBERICHT \ TÜRKEI

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes ¹	Gesamtwert
	Bordwaffen für Minenjagdboote und Teile für Kanone (8,2%); Panzerplatten, Militärische Helme und Teile für Schutzwesten (5,3%), Elektronische Ausrüstung, Wendekreisel, Datenverarbeitungssysteme, Mess- und Prüfausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Ortungs- und Navigationsausrüstung, Stromversorgung (4,4%)	
2005	Geländewagen und Teile für Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, LKW (/73,7%); Teile für U-Boote, Patrouillenboote, Minenjagdboote und Echolotanlagen (15,5%)	213,09
2006	Panzer und Teile für Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, Landfahrzeuge (62,7%); Munition für Gewehre, Jagdwaffen, Sportwaffen, Revolver, Pistolen, Kanonen, Scheinzielpatronen und Munitionsteile für Gewehre, Revolver, Pistolen, Kano- nen (14,9%); Feuerleiteinrichtungen, Bordwaffen-Steuersysteme, Prüf- und Justierausrüstung und Teile für Feuerleiteinrichtungen, Waffenzielgeräte, Bordwaffen- Steuersysteme, Zielüberwachungssysteme (6,6%)	311,73
2007	Artillerie-Ortungsradar, Prüfausrüstung, Justierausrüstung und Teile für Feuerleiteinrichtungen, Waffenzielgeräte, Bordwaffen- Steuersysteme (41,6%); LKW und Teile für Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, Landfahrzeuge (24,4%); Kommunikationsausrüstung, EloKa - Ausrüstung, Datenverarbeitungs-ausrüs- tung und Teile für elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Navi- gationsausrüstung, Radarsysteme, EloKa -Ausrüstung, Messausrüstung, Strom- versorgungen (9,5%); Prüfstand für Kettenfahrzeuggetriebe, Bordwerkzeuge, Sonderwerkzeuge, Her- stellungsausrüstung für Kleinkalibermunition, Messgeräte, Kathoden, Klima- kammern und Teile für Prüfstände, Pressen (7,2%)	121,34
2008	LKW und Teile für Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, amphibische Fahrzeuge, Land- fahrzeuge (44,5%); Kommunikationsausrüstung, Flugvermessungssysteme, Datenverarbeitungs- ausrüstung, Mess- und Prüfausrüstung und Teile für elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Ortungsausrüstung, Navigationsausrüstung, Lenkausrüstung, Stromversorgungen (12,1%); Munition für Gewehre, Jagdwaffen, Sportwaffen Revolver, Pistolen, Haubitzen, Scheinzielpatronen und Teile für Revolvermunition, Pistolenmunition, Kano- nenmunition (9,1%); Zieldarstellungsgeräte, Abfeuergerät für Simulator, Übungszünder, Übungs- sprengschneider und Teile für Simulatoren, Ausbildungsgeräte (6,7%); Versorger (zur Verschrottung) und Teile für U-Boote, Küstenwachboot, Kampf- schiffe, Navigationsausrüstung, Echolotanlagen (6,0%); Pyrotechnische Munition, Simulatoren, Seeminenvernichtungssysteme und Teile für Abfeuereinrichtungen, Seeminenvernichtungssysteme (4,9%)	43,69
2009	Keine Aufschlüsselung der Güter in Prozent des Gesamtwertes möglich.	45,58
2010	Panzer, Brückenlegepanzer, LKW, Feuerwehrwagen und Teile für Panzer, ge- panzerte Fahrzeuge, Landfahrzeuge (78,8%); Abfeuereinrichtungen und Teile für Flugkörper, Flugkörperabwehrsysteme, Abfeuereinrichtungen (6,0%)	198,97
2011	LKW und Teile für Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, amphibische Fahrzeuge, Landfahrzeuge (25,6%);	139,55

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes ¹	Gesamtwert
	<p>Flugkörper und Teile für Torpedos, Flugkörper, Flugkörperabwehrsysteme (25,5%); Feuerleiteinrichtungen, Waffenzielgeräte, Zielentfernungsmesssysteme, Prüfgeräte und Teile für Feuerleiteinrichtungen, Waffenzielgeräte, Bordwaffen-Steuersysteme, Zielzuordnungssysteme, Zielentfernungsmesssysteme, Ausrüstung für Gegenmaßnahmen (11,3%); Munition für Gewehre, Revolver, Pistolen, Jagdwaffen, Sportwaffen, Kanonen, Granatmaschinenwaffen und Teile für Revolvermunition, Pistolenmunition, Haubitzenmunition, Kanonenmunition, Mörsermunition (7,1%); Panzerplatten (7,0%); Teile für Schiffe und Unterwasserortungsgeräte (5,8%)</p>	
2012	<p>LKW und Teile für Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, amphibische Fahrzeuge, Landfahrzeuge (17,8 %); Elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Stabilisierungsausrüstung, Datenverarbeitungsausrüstung, Messausrüstung, Baugruppen, Bauelemente, Stromversorgungen und Teile für elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Ortungsausrüstung, Stabilisierungsausrüstung, Lenkausrüstung, elektronische Kampfführung, Datenverarbeitungsausrüstung, Baugruppen, Bauelemente, Steuerungsausrüstung, Regelausrüstung, Stromversorgungen (15,6 %); Abfeueinrichtungen und Teile für Torpedos, Flugkörper, Flugkörperabwehrsysteme (11,5 %); Zerstörer (Verschrottung), U-Boote (Verschrottung), Sonaranlagen, Schiffskörperdurchführungen und Teile für Fregatten, U-Boote, Patrouillenboote, Kampfschiffe, U-Boot-Dieselmotoren, Unterwasserortungsgeräte, Steuereinrichtungen für Ortungsgeräte (10,0 %); Nachtsichtvorsatzgeräte, Wärmebildgeräte und Teile für Bildverstärkerausrüstung, Infrarotausrüstung, Wärmebildausrüstung (7,7 %); Technologieunterlagen für Handfeuerwaffenteile, Munitionsteile, Flugkörper-teile, Landfahrzeugteile, Schiffsteile, Luftfahrzeugteile, Kommunikationsteile, Wärmebildgeräteeile und Fertigungsunterlagen für Zielerfassungsteile, Landfahrzeugteile, Infrarotbaugruppen (7,0 %); Zielfernrohre, Entfernungsmesser, Prüfgeräte und Teile für Feuerleiteinrichtungen, Waffenzielgeräte, Rohraffenrichtgeräte, Bordwaffen-Steuersysteme, Zielentfernungsmesssysteme, Radarsysteme (6,9 %); Triebwerke und Teile für Kampfhubschrauber, Transportflugzeug, Hubschrauber, Trainingsflugzeuge, Luftfahrzeuge, unbemannte Luftfahrzeuge, Triebwerke (6,5 %)</p>	89,09
2013	<p>LKW, Anhänger und Teile für Panzer, Panzerhaubitzen, gepanzerte Fahrzeuge, amphibische Fahrzeuge, LKW, Landfahrzeuge (16,3%); Pyrotechnische Munition, Abfeueinrichtungen und Teile für Flugkörper, Abfeueinrichtungen, Flugkörperabwehrsysteme (15,8%); Panzerplatten, Minenschutzanzüge, ballistische Einschübe und Teile für Körperpanzer (12,6%); Tankausrüstung und Teile für Kampfflugzeuge, Kampfhubschrauber, Transportflugzeuge, Hubschrauber, unbemannte Luftfahrzeuge, Triebwerke, Bordausrüstung, Tankausrüstung (8,1%); Software für Detektionsausrüstung, zur Modellierung von Teilen, Entwicklung von Gefechtskopfteilen, Radarteile, Getriebeerprobung, Simulationen und militärische Ausrüstung (7,5%);</p>	84,09

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes ¹	Gesamtwert
	Technologie für militärische Ausrüstung (A0022/7,1%); Bildverstärkerausrüstung und Teile für Bildverstärkerausrüstung, Wärmebild-ausrüstung, Infrarotausrüstung (6,6%); Laserentfernungsmesser, Prüfausrüstung, Justierausrüstung und Teile für Feuerleitrichtungen, Waffenzielgeräte, Rohrwaffenrichtgeräte, Bord-waffen-Steuer-systeme, Zielentfernungsmesssysteme, Ortungssysteme (5,2%); Laborchemikalien, Schutzbelüftungsanlagen, Schutzausrüstung, Dekontaminationsausrüstung, Dekontaminationsmittel, Detektionsausrüstung und Teile für Schutzbelüftungsanlagen, Dekontaminationsausrüstung, Detektionsausrüstung (4,4%)	
2014	Herstellungsausrüstung und Teile für Herstellungsausrüstung für militärische Ausrüstung (21,0 %); Munition für Jagdwaffen, Sportwaffen, Revolver, Pistolen, Scheinzielpatronen und Teile für Revolvermunition, Pistolenmunition (11,1 %); Elektronische Ausrüstung, Datenverarbeitungs-ausrüstung, Bauelemente, Lenkausrüstung und Teile für elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Ortungsausrüstung, Navigationsausrüstung, Stromversorgungen (10,7 %); Unterwasserortungsgeräte, Schiffskörperdurchführungen und Teile für U-Boote, Kampfschiffe, Schiffe, U-Boot-Dieselmotoren, Unterwasserortungsgeräte, Schiffskörperdurchführungen (10,3 %); Gewehre mit KWL-Nummer, Maschinengewehre, Scharfschützengewehre, Revolver, Pistolen, Jagdgewehre, Sportgewehre, Jagdselbstladeflinten, Rohrwaffen-Lafetten, Mündungsfeuerdämpfer, Waffenzielgeräte und Teile für Gewehre mit KWL-Nummer, Maschinengewehre, Scharfschützengewehre, Revolver, Pistolen, Jagdgewehre (7,3 %); LKW und Teile für Panzer, Panzerhaubitzen, gepanzerte Fahrzeuge, Bergungsfahrzeuge, LKW, Amphibienfahrzeuge, Antennenträger (6,3 %); U-Boot-Simulator und Teile für Flugsimulatoren (5,5 %); Laborchemikalien, Schutzbekleidung, Detektionsausrüstung und Teile für Schutzbelüftungsanlagen, Detektionsausrüstung (5,0 %); Teile für Torpedos, Raketen, Flugkörper, Abfeuerausrüstung und Flugkörperabwehrsysteme (4,9 %)	72,45
2015	Keine Aufschlüsselung der Güter in Prozent des Gesamtwertes möglich.	38,96
2016	Triebwerke und Teile für Kampfhubschrauber, Flugzeuge, unbemannte Luftfahrzeuge, Triebwerke, Bodengeräte (69,0%); Kommunikationsausrüstung, Datenverarbeitungs-ausrüstung, Baugruppen, Navigationsausrüstung, Stromversorgungen, Regelausrüstung und Teile für elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Radarstör-systeme, Datenverarbeitungs-ausrüstung, Navigationsausrüstung (9,1%); ABC-Schutzsysteme, Dekontaminationsausrüstung, Detektionsausrüstung, Laborchemikalien und Teile für Detektionsausrüstung, Strahlungsmessgeräte (4,8%)	83,9

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2016, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie <http://www.bmwi.de>

Schaubild 1

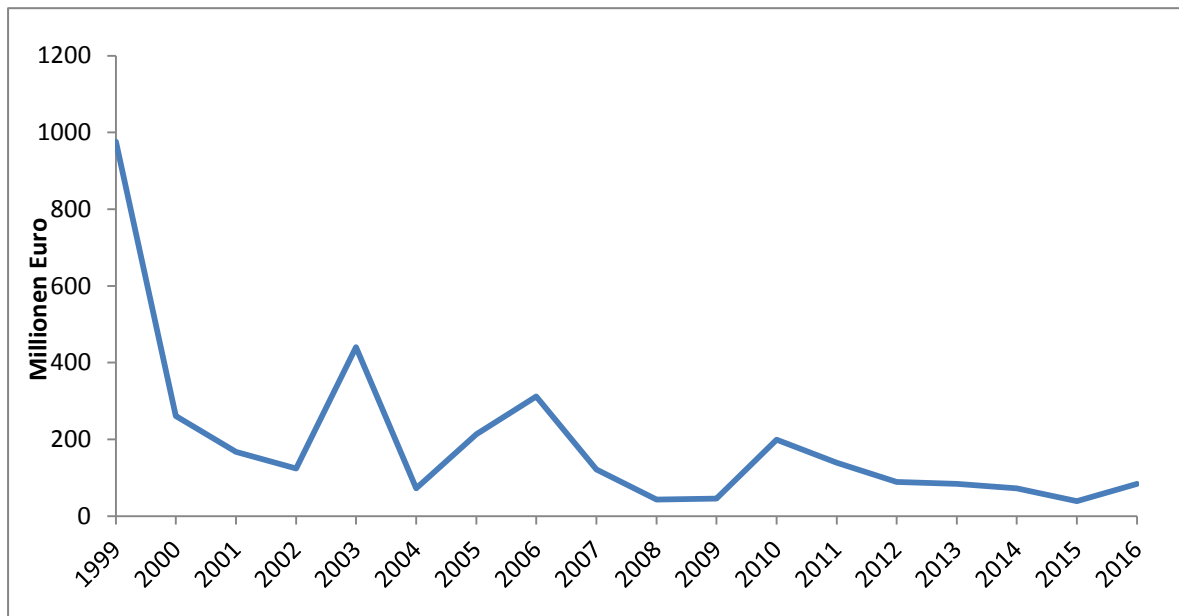
Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2016

Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland in die Türkei 2000-2016

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Kommentar
3	Kilic	Schnellboot	1993	1998-2000	3	Gesamtwert \$250Mio.; 2 in der Türkei produziert; Lizenz
2	MEKO-200T2	Fregatte	1994	1998-2000	2	Gesamtwert \$525 Mio.; 1 in der Türkei fertiggestellt; Lizenz
4	Type-209/1400	U-Boot	1998	2005-2010	4	Gesamtwert \$556 Mio.; Lizenz
6	Frankenthal/Type-332	Mienenjagdboot	1999	2005-2010	6	Gesamtwert \$ 625 Mio.; 5 in der Türkei produziert; Lizenz

LÄNDERBERICHT \ TÜRKEI

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Kommentar
4	Kiliç	Schnellboot	2000	2005-2008	4	Kiliç-2-Version; Lizenz
2	Kiliç	Schnellboot	(2004)	2009-2010	2	Kiliç-2-Version; Lizenz
6	Type-214	U-Boot	2011			Gesamtwert EUR2.2-2.5 Mrd.; mögliche Lieferung 2019-2024; Lizenz
40	DM2A4 Seehecht	Torpedo zur U-Boot-Abwehr	(1999)	2004-2005	(40)	Gesamtwert \$40 Mio.; für Type-209/1400 U-Boote
(470)	MTU-881	Dieselmotor	(2001)	2004-2013	(470)	U.A. für 170 Sabra-3 (modernisiert M-60) Panzer aus Israel
(40)	TP400-D6	Turboprop	2003	2014-2015	(12)	Für 10 A400M Transportflugzeuge aus Spanien
2	COBRA	Artillerieortungsradar	(2005)	2006	(2)	Second-hand
(298)	Leopard-2A4	Panzer	2005	2006-2010	(298)	Second-hand, aber nach Lieferung zum Leopard-2NG modernisiert; Gesamtwert EUR 365 Mio.
(4)	MTU-595	Dieselmotor	2008	2011-2014	4	Für 2 Heybeliyada-Frigatten
(70)	MTU-881	Dieselmotor	2008	2013-2016	(32)	Für K-10 ALV aus Südkorea
56	Leopard-2A4	Panzer	2009	2010-2014	(56)	Second-hand, aber vermutlich nach Lieferung zu Leopard-2NG modernisiert
(250)	MTU-883	Dieselmotor	(2013)			Für Altay-Kampfpanzer; Ende 2016 gewählt aber noch nicht

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Kommentar
						bestellt
(2)	MAN-3240	Dieselmotor	2015			Für ein BPE AALS aus Spanien

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, http://armstrade.sipri.org/arms_trade/trade_register.php

Kommentar

Die Türkei ist als NATO-Mitglied immer wieder Abnehmer größerer Mengen deutscher Rüstungsgüter. Neben der Lieferung von Schiffen und Schiffsteilen für die türkische Marine stechen insbesondere größere Panzerlieferungen hervor. So lieferte Deutschland im Zeitraum 2006-2010 fast 300 ausgemusterte Leopard-2A4-Panzer der Bundeswehr, welche in der Türkei modernisiert wurden. Im Zeitraum 2010 bis 2014 folgten 56 weitere Leopard-Panzer. Berichten zufolge wurden solche Panzer von der Türkei in Syrien eingesetzt, von denen dann angeblich bis zu zehn durch den sogenannten IS zerstört wurden. Während bei früheren Panzerlieferungen Deutschlands an die Türkei vertraglich festgelegt wurde, dass die Leopard-1-Panzer, Artikel 5 des NATO-Vertrages folgend, ausschließlich im kollektiven Verteidigungsfall verwendet werden dürfen, entfiel diese Vereinbarung für die Leopard-2A4-Panzer. Für diese Panzer scheint Deutschland weiterhin Ersatzteile an die Türkei zu liefern, wie zuletzt im Januar 2017 berichtet wurde.

Seit Ende 2016 verfolgt die deutsche Bundesregierung eine restriktivere Genehmigungspolitik bezüglich der Rüstungsexporte in die Türkei. So wurden von November 2016 bis März 2017 elf Anträge nicht genehmigt, während es von 2010-2015 insgesamt nur zu acht Ablehnungen kam. Die verweigerten Genehmigungen umfassten Lieferungen von Handfeuerwaffen, Munition sowie Komponenten für andere Rüstungsgüter. Als Gründe wurden die sich verschlechternde Menschenrechtslage nach dem Putschversuch, der sich erneut zuspitzende Kurdenkonflikt sowie die Befürchtung, dass die Rüstungsgüter für Repressionen innerhalb der Türkei genutzt werden könnten, genannt. Die Bundesregierung bezog sich dabei auf folgende Kriterien des Gemeinsamen Standpunktes der EU für Rüstungsexporte: Kriterium 3 „Innere Lage im Endbestimmungsland als Ergebnis von Spannungen oder bewaffneten Konflikten“, Kriterium 2 „Achtung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts durch das Endbestimmungsland“ und Kriterium 7 „Risiko der Abzweigung von Militärtechnologie oder Militärgütern im Käuferland oder der Wiederausfuhr von Militärgütern unter unerwünschten Bedingungen“. Während für die Ablehnungen von 2009 bis 2014 immer das Kriterium 7 als Grund genannt wurde, steht seit 2016 das Kriterium 3 im Vordergrund.

Dessen ungeachtet ist der Wert der deutschen Rüstungsexporte in die Türkei für das Jahr 2016 im Vergleich zu 2015 deutlich gestiegen. Denn auch wenn die Bundesregierung bestimmte Genehmigungsanträge ablehnte, stimmte sie doch weiterhin bedeutenden Lieferungen zu. Darunter fallen auch 57 Genehmigungen im Wert von fast 22 Millionen Euro in den ersten vier Monaten von 2017, die zu 81,8 Prozent Kampfmittelräumausrüstung und Abfeuereinrichtungen betrafen.

Im Zuge der anvisierten Stärkung der lokalen Rüstungsindustrie der Türkei sollen ca. 1.000 Altay-Kampfpanzer gebaut werden, wobei Anfang 2017 erste Prototypen getestet wurden. Wie der Leopard-Panzer, soll auch der Altay eine 120-Millimeter Glattrohrkanone enthalten, die Medienberichten zufolge mit einer Lizenz von Rheinmetall gebaut werden soll. Die Dieselmotoren des türkischen Panzers sollen von der MTU Friedrichshafen / Rolls-Royce-Gruppe kommen. Zudem strebt der deutsche Rüstungskonzern Rheinmetall an, in diese Produktion im Rahmen eines internationalen Konsortiums einzusteigen, das derzeit noch in Konkurrenz zu einigen türkischen Firmen steht. An diesem Gemeinschaftsunternehmen namens RBSS ist Rheinmetall zu 40 Prozent beteiligt, weitere Akteure sind der türkische Hersteller für LKW und Nutzfahrzeuge BMC und die malaysische Holding Etika Strategi. Laut Aussagen von Rheinmetall aus dem März 2017 bedarf es dazu keiner Genehmigung seitens der Bundesregierung, da keine Lieferungen und kein Einsatz deutscher Technologien geplant sind. Trotz der von der Bundesregierung angekündigten restriktiveren Politik gegenüber der Türkei scheint Rheinmetall also an diesem Gemeinschaftsunternehmen festhalten zu wollen.

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen in die Türkei 2012-2016, Mio. USD

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	2012-2016
Summe	1503	767	1556	458	437	4721

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <http://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Tabelle 4

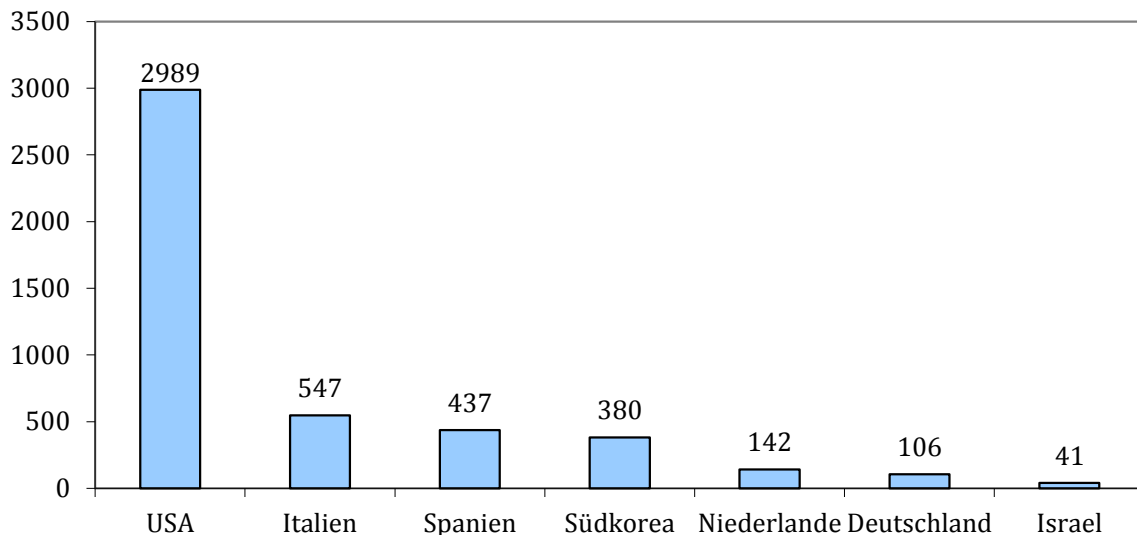
Deutsche Exporte von Großwaffensystemen in die Türkei 2012-2016, Mio. USD

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	2012-2016
Summe	28	9	54	14	2	106

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <http://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Schaubild 2

Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2012-2016, Mio. USD

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, http://armstrade.sipri.org/armstrade/html/export_values.php

Kommentar zu den Waffenkäufen

In den Jahren 2000 bis 2010 galten Deutschland und die USA als wichtigste Rüstungslieferanten, aber auch Frankreich spielte zu dieser Zeit eine wichtige Rolle.

Laut SIPRI-Datenbank (Stand April 2017) nahm die Türkei im Zeitraum 2012-2016 die 6. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. Wichtigster Rüstungsgüterlieferant der Türkei in diesem Zeitraum waren die USA. Insbesondere die Luftwaffe wurde in den letzten Jahren durch Lieferungen der USA modernisiert. So schaffte die Türkei z. B. 30 Mehrzweckkampfflugzeuge des Typs F-16C Block-50/52 an, welche bis 2012 ausgeliefert wurden. Im Jahr 2014 bestellte die Türkei 14 weitere Mehrzweckkampfflugzeuge des Typs F-35A JSF, wobei die Anschaffung von insgesamt bis zu 100 Flugzeugen des F-35A Typs bis zum Jahr 2030 geplant ist. Die Produktion von Teilen der Flugzeuge findet in der Türkei statt. Die Fregatten der türkischen Marine wurden durch US-Lieferungen in den Jahren 2012-2016 unter anderem mit 346 Luftabwehrraketen, 4 Senkrechtstartanlagen für Flugkörper und 45 Nahbereichsverteidigungssystemen des Typs RIM-116A RAM ausgestattet.

Von Italien kaufte die Türkei schwerpunktmäßig Kampfhubschrauber sowie Schiffsgeschütze. So wurden 2014-2015 neun A-129C Mangusta-Kampfhubschrauber angeschafft. 2016 folgte die Lieferung von 19 Hubschraubern dieses Typs mit der Option auf 32 weitere. Zudem wurde 2016 ein Gökrürk-1-Aufklärungssattelit exportiert. Bereits 2005 wurden sechs ATR-72MP Flugzeuge zur U-Boot-Abwehr bestellt, welche 2017-2018 übergeben werden sollen. Spanien exportierte hauptsächlich Flugzeuge zur U-Boot-Abwehr (CN-235MP) und für den Transport (A400M Atlas). Aus Südkorea bezog die Türkei Panzerhaubitzen und Schulflugzeuge, die Niederlande verkauften primär Weitbereichsradare für die Marine.

Allerdings ist die Türkei in den letzten Jahren darum bemüht, ihre Abhängigkeit von großen europäischen und US-Lieferanten zu reduzieren und sucht sich auch außerhalb der NATO Rüstungspartner. Dies spiegelt sich auch in der im Januar 2017 erfolgten Aufkündigung des Vertrages zwischen dem türkischen Unternehmen Tümosan und dem österreichischen Unternehmen AVL wider, das bei der Entwicklung von eigenen Triebwerken für die Altay-Panzer unterstützen sollte. Im Rahmen der Begründung zur Beendigung dieses Vertragsverhältnisses wies das türkische Unternehmen auf die kritische Einstellung des Europäischen Parlamentes zur Türkei hin, die keine verlässliche Unterstützung bei militärischen Vorhaben durch westliche Unternehmen erwarten ließe. Dahinter steckt die Befürchtung, dass Sanktionen seitens der NATO- bzw. EU-Staaten erfolgen könnten. Dennoch bleiben Kooperationen mit NATO-Partnern für die Türkei weiterhin wichtig, wie das im Juli 2017 unterzeichnete vorläufige Abkommen zwischen Frankreich, Italien und der Türkei zeigt, das die gemeinsame Entwicklung türkischer Flugabwehrsysteme anstrebt. Diese Kooperation des französisch-italienischen Konsortiums Eurosam mit türkischen Unternehmen zielt auf die Entwicklung und Produktion eines für alle drei Länder geeigneten Flugabwehrsystems ab.

Außerhalb der NATO scheinen insbesondere China und Russland für die Türkei von Interesse zu sein. So wurden 2002 bis 2012 200 B-611-Kurzstreckenraketen durch China geliefert. Im November 2015 stoppte die Türkei eine vier Milliarden US-Dollar schwere Ausschreibung für ein Luftabwehrraketensystem, welches eigentlich der chinesischen Firma CPMIEC zugesprochen worden war. Grund dafür war die massive Kritik seitens einiger NATO-Mitglieder, insbesondere der USA, die einerseits auf die mögliche Inkompatibilität des chinesischen Systems mit jenen der NATO hinwiesen, andererseits aber auch den Vorwurf erhoben, dass CPMIEC internationale Sanktionen gegen den Iran, Nordkorea und Syrien missachte. Auch bezüglich russischer Systeme wurden Kompatibilitätsbedenken innerhalb der NATO geäußert. Dennoch schlossen die Türkei und Russland im September 2017 einen Vertrag zum Kauf eines S-400-Luftabwehrsystems aus Russland ab, wobei zumindest ein Teil der Produktion in Kooperation mit türkischen Rüstungsunternehmen stattfinden soll. Türkische Medien berichten von einem Auftragsvolumen von 2,5 Milliarden US-Dollar. Die von der NATO geäußerten Bedenken wurden seitens der Türkei zurückgewiesen. Dennoch soll die Kooperation mit Eurosam für das türkische Flugabwehrsystem unabhängig davon parallel fortgeführt werden.

Der Putschversuch und die darauffolgenden Repressionen sowie die Uneinigkeit in Bezug auf die Strategie im syrischen Bürgerkrieg veranlassten einige NATO-Mitglieder zur Frage, inwiefern sie weiterhin sensible Technologien mit der Türkei teilen können und ob die Verteidigungszusammenarbeit allgemein noch tragbar ist. Dies gilt insbesondere für Frankreich und Deutschland, zeitweise auch für die USA und Großbritannien. Dennoch unterstützte die britische Premierministerin Theresa May Anfang 2017 die Vermittlung eines Rüstungsabkommens über die gemeinsame Entwicklung von Kampfflugzeugen durch britische und türkische Unternehmen, das für die Türkei keine Einschränkungen bezüglich der Exportländer enthalten soll.

Militärausgaben

Tabelle 5

Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP

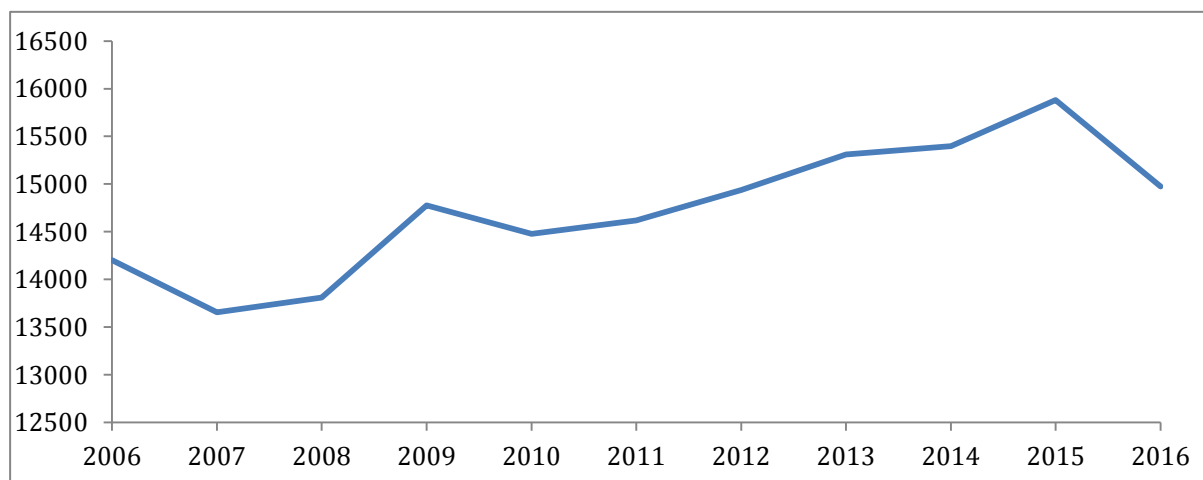
	2012	2013	2014	2015	2016
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	14939	15310	15397	15881	14974 ²
Anteil am BIP (in Prozent)	2,3%	2,3%	2,2%	2,2%	2,0% ²
Anteil an Staatsausgaben* (in Prozent)	6,2%	5,9%	6,0%	5,8%	5,3% ²

Angaben in konstanten Preisen mit 2016 als Basisjahr. Die Angaben zum Jahr 2016 beruhen auf Schätzungen von SIPRI
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

*Daten über den Anteil der Militärausgaben an den Staatsausgaben sind kritisch zu betrachten. Lückenhafte und unzureichende Daten lassen eine genaue Abbildung nur bedingt zu.

Schaubild 3

Absolute Militärausgaben, Trend 2006 – 2016 in Mio. USD



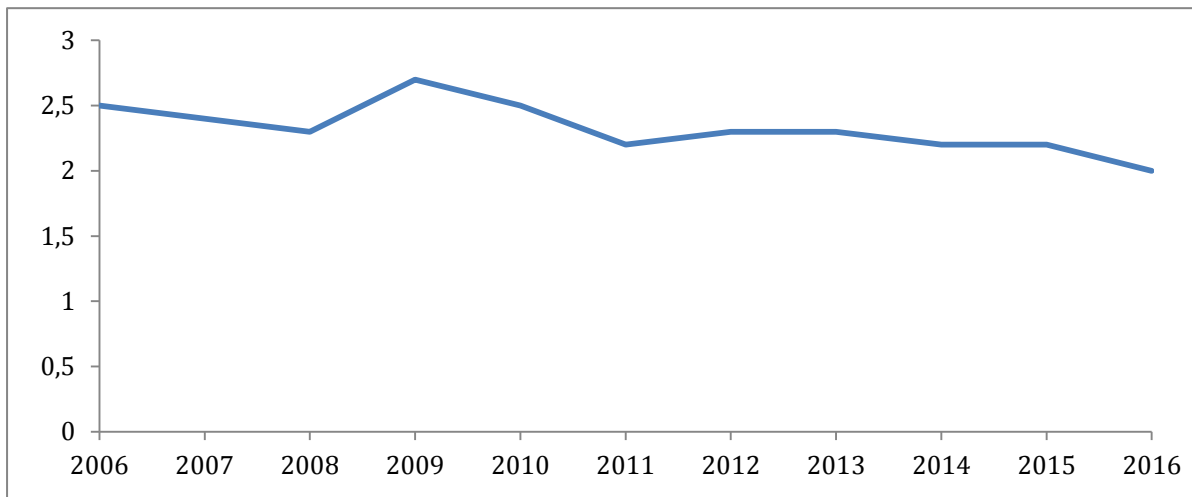
Angaben in konstanten Preisen mit 2016 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

² Schätzungen von SIPRI.

Schaubild 4

Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2006 – 2016 (in Prozent)



Angaben in konstanten Preisen mit 2016 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

Die türkische Rüstungsindustrie besteht aus ca. 100 Kernunternehmen und ist relativ breit aufgestellt. Die Kompetenzen der lokalen Industrie umfassen Schiffskonstruktion und -reparatur, das Design und die Produktion von Landfahrzeugsystemen, Kleinwaffen, Ausrüstung zur Abwehr von chemischen, biologischen sowie radiologischen und nuklearen Gefahren, Raumfahrtkomponenten, militärische Elektronik, Sensorsystemen, unbemannte Flugsysteme und Software-Service. Bestimmte, kritische Technologien kann die Türkei jedoch noch nicht selbst herstellen. So ist das Land beispielsweise bei der Raumfahrttechnik noch von ausländischer Expertise abhängig. Ebenso basiert der als lokales Projekt dargestellte Altay-Panzer auf den südkoreanischen K2-Kampfpanzern und auch lokale Drohnenprogramme beruhen auf in der Türkei angepassten ausländischen Technologien.

Trotz des relativ aktiven Privatsektors bleiben die staatseigenen Industrieanteile groß. So ist der Staat mit 21 Unternehmen an ca. einem Fünftel der Rüstungsunternehmen beteiligt, einige der führenden Unternehmen, so zum Beispiel Turkish Aerospace Industries (TAI) oder Makina ve Kimya Endüstrisi Kurumu (MKEK), sind vollständiges Staatseigentum. Um das Ziel der türkischen Regierung zu erreichen, in der Rüstungsindustrie zu einem der wichtigsten globalen Akteure zu werden, soll die Privatisierung weiter forciert werden. Bislang wurden eine solche Privatisierung sowie eine ebenfalls angestrebte Verkleinerung staatseigener Unternehmen jedoch immer wieder verschoben.

Die Türkei ist bestrebt, ihre Abhängigkeit von ausländischen Lieferungen und Unternehmen durch die Stärkung der eigenen Rüstungsindustrie zu überwinden. Hierzu wurden bereits zahlreiche Maßnahmen in die Wege geleitet: So werden in jedem Fünfjah-

resplan seit 2007 neue Zielmarken für den Anteil der lokalen Rüstungsindustrie an der Beschaffung durch die Türkei sowie für den Wert der Rüstungsexporte festgelegt. Während diese Ziele in den Anfangsjahren teils übertraffen wurden, stagnierte diese Entwicklung in den letzten Jahren; insbesondere aufgrund des vergleichsweise schwachen Wirtschaftswachstums. Trotz dieser Hindernisse kündigte der türkische Präsident Erdoğan 2015 an, dass die Türkei bis 2023 unabhängig von Rüstungsimporten sein will (2015 betrug der Anteil der Ausrüstung der türkischen Streitkräfte durch lokale Rüstungsindustrie 60 Prozent) und der Wert der Rüstungsexporte 25 Milliarden US-Dollar betragen soll. Als weitere Maßnahme zur Stärkung der lokalen Rüstungsindustrie sind nationale Rüstungsunternehmen seit 2011 dazu verpflichtet, Unteraufträge an türkische Unternehmen zu vergeben und diese ebenso wie die Partnerunternehmen bei Exporten zu unterstützen.

Auch wenn die türkische Rüstungsindustrie noch nicht die von der Politik geforderten hohen Anteile erfüllen kann, so hat sie in den vergangenen 15 Jahren große Fortschritte bezüglich ihres Outputs und ihrer Unabhängigkeit gemacht, insbesondere im Bereich der Luftfahrt. Hauptexportmärkte der Türkei waren zwischen 2011 und 2017 Aserbaidschan, Deutschland, Großbritannien, Indien, Malaysia, Katar, Saudi-Arabien, Tunesien, die Vereinigten Arabischen Emirate und die USA. Das Ziel, bis 2016 Rüstungsgüter im Wert von zwei Milliarden US-Dollar jährlich zu exportieren, schien 2015 mit einem Wert von 1,6 Milliarden nicht unrealistisch zu sein. Die Bereiche, in denen die Türkei ohne die Unterstützung ausländischer Unternehmen wettbewerbsfähig ist, bleiben dennoch begrenzt. Das schwache Wirtschaftswachstum und die hohe Inflation der letzten Jahre sowie das mangelnde Personal als eine Folge des Putsches im Juli 2016 wirken bezüglich der globalen Wettbewerbsfähigkeit bremsend, auch wenn die Regierung ihren Wunsch, die türkische Rüstungsindustrie eigenständiger zu machen, nach dem Putsch nochmals forcierte. Die Rüstungsindustrie stärkte deshalb ihre Beziehungen zu islamisch geprägten Ländern, insbesondere zu Pakistan und Katar.

Die Türkei produziert zahlreiche Waffen in deutscher Lizenz, so etwa die Kleinwaffen G3, MG3, MP5 und HK33. Zwischen 1994 und 2007 kamen noch U-Boote der Klasse 209/1400 vom Hersteller Howaldtswerke Deutsche Werft (HDW) hinzu. Zudem baut die Türkei aktuell sechs U-Boote mit außenluftunabhängiger Antriebsanlage des Typs 214 unter deutscher Lizenz, wovon das erste 2019 fertiggestellt werden soll. Vermutlich sollen die neuen 214er U-Boote die fünf 209er-Typen der türkischen Marine ersetzen.

2017 hat die türkische Regierung einen Fünfjahresplan vorgestellt, der finanzielle Unterstützungsmechanismen für die Verstärkung internationaler Rüstungsverkäufe und mehr Engagement in NATO-Programmen und besser koordinierte internationale Kooperation anstrebt. So scheint zum Beispiel die Einrichtung eines Kreditsystems für ausländische Regierungen, durch das Rüstungsimporte aus der Türkei gestützt werden sollen, Ziel zu sein.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Ja; 15 Monate

Box 1**Gesamtstärke der Streitkräfte**

355.200 aktive Streitkräfte, davon:

Heer: 260.200

Marine: 45.600

Luftwaffe: 50.000

Reserve: 378.700

Paramilitärische Einheiten: 156.800, davon:

Gendarmerie: ca. 152.100

Küstenwache: ca. 4.700

Quelle: IISS Military Balance 2017

Tabelle 6**Stärke der Streitkräfte, Trend 2007–2015**

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Aktive in 1.000 (IISS)	510,6	510,6	510,6	510,6	510,6	510,6	510,6	510,6	355,2
Soldaten auf 1.000 Einwohner (BICC Berechnungen)	7,25	7,16	7,06	6,96	6,84	6,74	6,63	6,52	4,48

Quellen: IISS Military Balance, 2009-2017, World Bank

Kommentar

Vor dem Putschversuch am 15. Juli 2016 verfügte die Türkei über etwas mehr als eine halbe Million aktive Soldaten, womit die Türkei das zweitgrößte Truppenkontingent innerhalb der NATO stellte. In der Folge des gescheiterten Putschversuchs kam es jedoch zu über 10.000 Entlassungen und über 12.000 Festnahmen von Militärpersonal (Stand Juni 2017) sowie zu einer Umstrukturierung der Streitkräfte. Sie soll den traditionell sehr starken Einfluss des Militärs, der im Laufe der AKP-Regierungszeit seit 2003 bereits erheblich reduziert worden war, nochmals einschränken, u. a. durch den Ausbau politischer Kontrollmechanismen. Der geplante Einflussverlust des Generalstabs macht sich daran fest, dass einerseits einige seiner Kompetenzen an das Verteidigungsministerium übergehen und dass er andererseits vermehrt zivil besetzt werden soll. Während die drei Teilstreitkräfte nun dem Verteidigungsministerium direkt unterstellt sind, sind die paramilitärischen Einheiten dem Innenministerium angegliedert. Die Verantwortung für die Gendarmerie wird jedoch in Kriegszeiten dem Verteidigungsministerium übergeben. Auch der Hohe Militärrat, die Kontrolle der Militärgerichtsbarkeit, das Sanitätswesen der Streitkräfte und das militärische Ausbildungswesen werden zunehmend zivil besetzt. Im Sommer 2017 verfügte der Oberste Militärrat die Ablösung der drei Leiter der Teilstreitkräfte ohne offizielle Gründe dafür zu nennen. Diese Entwicklungen stehen allerdings nicht allein, sondern hängen mit dem Bestreben der AKP-Regierung zusam-

men, nicht nur in Bezug auf das Militär, sondern auch insgesamt ihre Macht auszuweiten.

Im August 2017 waren nur noch weniger als ein Drittel des Personals, das Führungspositionen innerhalb des Militärs vor dem Putschversuch eingenommen hatte, im Amt. Ca. 40 Prozent der Generäle und höheren Offiziere wurden in Gewahrsam genommen. Dies führt dazu, dass einige Positionen des Militärs nicht mehr Generäle, sondern nur noch hochrangige Offiziere bekleiden. Trotz dieser Maßnahmen betonte die Regierung, dass die Reduktionen durch Reformen begleitet würden, sodass die Verteidigungsfähigkeit der Türkei nicht eingeschränkt sei. Diese Versicherung muss im Kontext der militärischen Aktivität der Türkei in Syrien und im Irak gesehen werden. Einige der traditionellen Militäraufgaben sollen im Zuge dessen durch die Polizei, die zunehmend mit schweren Waffen ausgestattet wird, übernommen werden. Diese Reformen setzen einen Trend fort, der sich schon in den kurdisch dominierten Gebieten im Südosten der Türkei abgezeichnet hat, wo die Nationale Polizei immer mehr ursprünglich militärische Aufgaben wahrnimmt. Unabhängig davon hat auch die Umsetzung von Plänen begonnen, die Streitkräfte zu professionalisieren und den hohen Anteil von circa 50 Prozent Wehrpflichtigen unter den aktiven Soldaten (Stand 2016) zu reduzieren. Voraussichtlich wird das Wehrpflichtsystem aber grundsätzlich bestehen bleiben.

Im April 2017 eröffnete die Türkei ihre erste Militärbasis in der Golfregion in Katar, wo Einheiten des Heeres, der Marine, der Luftwaffe und Spezialeinheiten aktiv sind. Die Zahl der dortigen Streitkräfte soll sich auf circa 3.000 ausweiten. Auch in der Region Kurdistan-Irak (KRI) verfügt die Türkei über zahlreiche Militärbasen.

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	2.492	325 <i>Leopard</i> 2A4; 170 <i>Leopard</i> 1A4; 227 <i>Leopard</i> 1A3; 250 M60A1; 500 M60A3; 170 M60T; 850 M48A5 T1/T2 (2.000 weitere eingelagert)
Aufklärer	Ca. 250	Akrep
Schützenpanzer	650	ACV AIFV
Bergepanzer	150	12 <i>Leopard</i> 1; 105 M48T5; 33 M88A1
Gepanzerte Mannschaftstransporter	4.013	
Artillerie	Mehr als 7.795	
Panzerabwehr	3.869	Zusätzlich Raketen und Panzerabwehrsysteme, z.B. Milan, Kornet-E

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Kampfhubschrauber	49	
Mehrzweckhubschrauber	28	
Transporthubschrauber	Mehr als 221	
Drohnen	Ja	<i>Falcon 600/Firebee, CL-89, Gnat, Harpy</i>
Luftabwehr	Mehr als 1812	
Radar	Einige	<i>AN/TPQ-36 Firefinder; 2 Cobra</i>
Raketen		

Quelle: *ISS Military Balance 2017*

Kommentar

Das türkische Heer wurde in der AKP-Regierungszeit stark reduziert und war vom Rückgang der Anzahl der Streitkräfte der vergangenen Jahre von den drei Einheiten am stärksten betroffen. Zeitgleich erhöhte sich die Qualität der Ausbildung. Ziel des Heeres ist es, alle NATO-Missionen erfüllen zu können und entsprechend mobil und fähig zu sein, in der gesamten Bandbreite an Konfliktsituationen operieren zu können.

Im Dezember 2015 wurde bekannt, dass das Heer in Abstimmung mit dem irakischen Verteidigungsministerium schon seit damals knapp einem Jahr im Irak aktiv war, hauptsächlich bei Trainingsmaßnahmen lokaler Streitkräfte im Kampf gegen den IS. Im Zuge der Operation „Euphrat-Schild“ vom August 2016 bis März 2017 wurde das türkische Heer im Norden Syriens eingesetzt, wobei es u. a. zu Aktionen gegen die kurdische Miliz YPG (Yekîneyên Parastina Gel, deutsch: Volksverteidigungseinheiten) kam. Die Aktionen gegen die YPG sollten insbesondere einen YPG-kontrollierten Korridor zwischen Kobane und Afrin verhindern. Im Oktober 2016 lag die Zahl der im Nordirak stationierten türkischen Soldaten bei schätzungsweise 2.000. Ob das Heer nach dem offiziellen Ende der Operation abgezogen wurde, ist unklar.

Im Frühjahr 2017 sollen sich türkische Spezialeinheiten und der türkische Geheimdienst MIT an Offensiven der kurdischen Peschmerga im Nordirak gegen die jesidische Selbstverwaltung Shingals beteiligt haben. Die nordirakischen Streitkräfte sollen dabei auch deutsche Dingo-Panzer eingesetzt haben. Nach Artilleriebeschüssen auf Afrin, die die Türkei als Reaktion auf Angriffe von dort begründet hatte, stand das türkische Heer im Juli 2017 kurz vor einem Einmarsch in den nordsyrischen, kurdisch dominierten Bezirk. Die türkischen Pläne, den Kanton Afrin militärisch einzunehmen, kritisierten insbesondere die USA scharf.

Tabelle 8

Marine

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
U-Boote	13	5 <i>Atilay</i> (Typ 209/1200), 8 <i>Pre-veze/Gür</i> (Typ 209/1400)
Zerstörer		
Fregatten	18	
Patrouillenboote	53	
Davon Korvetten	6	
Minenboote	15	
Amphibienfahrzeuge	34	
Logistik und Unterstützung (Schiffe)	35	

Quelle: *IISS Military Balance 2017*

Box 2**Weitere Marineeinheiten***Marineflieger:*

29 Hubschrauber zur U-Boot-Abwehr

7 Transportflugzeuge, 6 Seeaufklärungsflugzeuge (MPs)

Quelle: *IISS Military Balance 2017*

Kommentar

Die Marine ist die kleinste unter den Teilstreitkräften des türkischen Militärs, konnte aber in den letzten Jahren durch eine Bandbreite an Operationen ihre internationale Bedeutung erhöhen. So wurde die Zusammenarbeit mit den Seestreitkräften aus Deutschland, den Niederlanden, Großbritannien, Griechenland, Italien, Spanien, Belgien und den USA durch die Beteiligung der türkischen Marine an der Standing NATO Maritime Group 2 (seit 2013) und der Standing NATO Response Force Mine Countermeasures Group 2 (SNMCMG2, seit 2010) gestärkt, in deren Verbund die türkische Marine auch teils zu den NATO-Operationen Active Endeavor (z. B. 2009, 2012) und Ocean Shield (z. B. 2009, 2014) beiträgt. Außerhalb der NATO beteiligt sich die türkische Marine seit 2010 an der vom VN-Sicherheitsrat mandatierten Combined Task Force 151 im Kampf gegen Piraterie vor Somalia. Zudem ist die Türkei seit 2006 Teil des Marineeinatzverbandes der United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL).

Die Rolle der Marine im Mittelmeer und Schwarzen Meer wird weiterhin ausgebaut. Auch wenn die Kooperation zwischen den Staaten am Schwarzen Meer durch die Krise in der Ukraine beeinträchtigt wird, verfolgt die Türkei eine Strategie der regionalen Kooperationen am Schwarzen Meer. Beispielhaft sind hier die türkisch initiierte Black Sea Naval Cooperation Task Group (BLACKSEAFOR) zwecks Sicherheitsgewährleistung und humanitärer Einsätze und die zunächst nationale, mittlerweile aber multilaterale Operation Black Sea Harmony zur Terrorismusbekämpfung zu nennen.

Die Marine ist einer der Hauptempfänger der lokalen Rüstungsindustrie geworden, für die Zukunft wird aktuell zum Beispiel über die lokale Produktion eines Flugzeugträgers gesprochen, für die allerdings noch keine konkreten Pläne existieren.

Die 13 Schiffe der U-Boot-Flotte stammen alle entweder aus Deutschland oder wurden unter deutscher Lizenz produziert. So wurden die U-Boote der Klasse 209/1400 unter Lizenz des Herstellers Howaldtswerke Deutsche Werft (HDW) von 1994 bis 2007 in der Türkei gefertigt. Zudem baut die Türkei aktuell sechs U-Boote mit Außenluftunabhängiger Antriebsanlage des Typs 214 unter deutscher Lizenz, wovon das erste 2019 fertig werden soll. Die ersten U-Boote der Klasse Atilay wurden in den 1970er Jahren durch die HDW und durch die türkischen Gölcük Naval Shipyard produziert.

Tabelle 9
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Jagdbomber	280	
Abfangjäger	53	48 F5 wurden als LIFT aufgerüstet
Aufklärer	5	
AWACS	4	
Tank- und Transportflugzeuge	96	
Ausbildungsflugzeuge	172	
Transporthubschrauber	40	
Drohnen	27	
Raketen	Einige	

Quelle: IISS Military Balance 2017

Kommentar

Die türkische Luftwaffe gilt als gut ausgestattet und trainiert. Es sind diverse größere Anschaffungsvorhaben in Planung, allerdings kommt es immer wieder zu Verzögerun-

gen, z. B. bezüglich eines militärischen Satelliten für den Aufbau der angestrebten, eigenen Raumfahrtkompetenzen.

2014 wurde die Luftwaffe umstrukturiert, laut Präsident Erdoğan zwecks erhöhten Abschreckungspotenzials vor dem Hintergrund der Situation in Syrien und der allgemein zunehmend instabilen Lage im weiteren Mittleren Osten. So wurden mehrere Untereinheiten unter das gleiche Kommando gestellt.

Seit Juli 2015 fliegt die Luftwaffe Angriffe auf den sogenannten Islamischen Staat (IS) in Syrien. Kurz nach dem ersten Angriff auf IS-Ziele wurde sie auch dazu eingesetzt, Luftangriffe gegen die PKK zu fliegen. Innerhalb weniger Tage wurden im Nordirak und im Norden Syriens hunderte PKK-Stellungen getroffen. Die Luftangriffe gegen die PKK bzw. ihre Schwesterorganisation in Syrien wurden seitdem regelmäßig wiederholt. So bombardierte die türkische Luftwaffe beispielsweise im April 2017 das nordirakische Shingal sowie eine Gebirgsregion in Nordostsyrien, wobei neben Kämpfern der mit den USA kooperierenden YPG auch Medienvertreter getötet wurden. Ferner wurde ein YPG-Stützpunkt in Nordsyrien getroffen. Im Sommer 2017 wurden mehrfach kurdisch dominierte Gebiete in Nordsyrien angegriffen, auch um die de-facto-Autonomie des von der PYD (Partiya Yekitîya Demokrat, deutsch: Partei der Demokratischen Union), einer Schwesterpartei der PKK, beherrschten Gebietes zu beenden.

Box 4

Paramilitärische Einheiten

*Gendarmerie: 152.000 Soldaten, Aufklärer, 560 Gepanzerte Mannschaftstransporter, Einige Aufklärer, 2 Transportflugzeuge, 19 Mehrzweckhubschrauber, 36 Transportflugzeuge
Küstenwache: 4.700 Soldaten, 102 Patrouillenboote, 8 Mehrzweckhubschrauber*

Quelle: IISS Military Balance 2017

Kommentar

Die Gendarmerie ist für die Strafverfolgung in ländlichen Gebieten zuständig und übernimmt dort große Teile der traditionellen Polizeiaufgaben. Während sie zuvor unter der Kontrolle des Generalstabs stand, ist sie seit dem Putschversuch 2016 unter der vollständigen Kontrolle des Innenministeriums, vergleichbar mit der Stellung der Polizei. Die Küstenwache ist seit 1995 ebenfalls dem Innenministerium untergeordnet.

Box 5

Peacekeeping

*Afghanistan (NATO Operation Resolute Support): 523 Soldaten
Arabisches Meer und Golf von Aden (Combined Maritime Forces): CTF-151: 1 FFGHM
Bosnien und Herzegowina (EUFOR): 234 Soldaten
Nordzypern: ca. 43.000 Soldaten
Irak: 2.000 Soldaten; 1 BG*

Libanon (UNIFIL): 50 Soldaten, 1 Patrouillenboot

Mittelmeer (SNMG 2): 1 FSGM

Mittelmeer (SNMCMG): 1 MHO

Katar: 150 Soldaten (Training Team)

Serbien (KFOR): 395 Soldaten

Serbien (Kosovo): 2 Soldaten

Serbien (UNMIK): 1 Beobachter

Somalia (UNSOM): 1 Beobachter

Syrien (Operation Euphrates Shield): 350 Soldaten

Ukraine (OSZE): 14 Soldaten

Quelle: IISS Military Balance 2017

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft durchläuft etwa seit 2003 und insbesondere seit dem gescheiterten Putschversuch im Juli 2016 einen bedeutenden Wandel. Traditionell nahm das Militär seit der Gründung der türkischen Republik 1923 eine sehr bedeutende Stellung ein, was historisch auf seinen Einfluss auf die Entstehung der Republik zurückzuführen ist. So sah es sich seit Staatsgründung durch Kemal Atatürk stets als Wächter seines Erbes und der Verfassung, welche eine strikte Trennung von Staat und Religion vorsieht. Die Streitkräfte dienten der Verteidigung der Türkei, nicht nur gegen äußere, sondern auch gegen innere Feinde. Letztere umfassten der Definition des Militärs nach in der Vergangenheit u. a. Kommunisten, Islamisten und kurdische Nationalisten. Das Militär putschte seit 1923 dreimal (1960, 1971 und 1980). In allen drei Fällen wurde dies durch breite Teile der türkischen Bevölkerung befürwortet. Zudem erzwang das Militär 1997 den Rücktritt der Regierung, was auch als „sanfter Putsch“ bezeichnet wurde und die Macht des Militärs demonstriert. Der Putschversuch von 2016 ist bislang noch ungenügend aufgeklärt.

Der erste Putsch erfolgte am 17. Mai 1960 gegen den damaligen Ministerpräsidenten Adnan Menderes, welcher später gemeinsam mit zwei weiteren Ministern hingerichtet wurde. Als Gründe nannten die beteiligten Offiziere islamische Tendenzen des Ministerpräsidenten und somit einen Verstoß gegen die laizistische Verfassung. Zudem wurde ihm eine Bevorzugung der Kurden vorgeworfen. Bis zum November 1961 übernahm der General Cemal Gürsel als vierter Präsident die Macht in der Türkei, er implementierte eine neue demokratische Verfassung und übergab die Macht schließlich an eine zivile Regierung. Vor der Übergabe wurde die Institution des Nationalen Sicherheitsrates geschaffen. Dieser setzte sich aus militärischen und zivilen Führungspersönlichkeiten zusammen und erhielt weitreichende politische Entscheidungsbefugnisse. So hatte er etwa der Regierung gegenüber in Sicherheitsfragen eine Weisungsbefugnis. Seit 2003 ist er allerdings mehrheitlich zivil besetzt und nimmt lediglich noch eine beratende Funktion ein. Diese Entwicklung war Teil der unter der AKP-Regierung eingeleiteten Reformen.

Am 12. März 1971 putschte das Militär zum zweiten Mal und zwar gegen den damaligen Ministerpräsidenten Süleyman Demirel, der daraufhin zurücktrat. Laut der geschlossen agierenden Armeeführung sei dies aufgrund von anarchischen Zuständen im Land notwendig geworden. Zuvor hatte es eine Serie von Anschlägen und Unruhen durch Linksextremisten gegeben, welche auch auf die Formierung eines Einparteien-

staates in der Türkei abzielten. In den Jahren nach dem Putsch wurde die Macht von zivilen, aber durch das Militär kontrollierten Übergangsregierungen übernommen. 1975 kam Demirel erneut an die Macht. Am 12. September 1980 wurde abermals gegen ihn geputscht, dieses Mal aufgrund des Terrors von rechts wie links. Das Militär übernahm die Macht und verhängte das Kriegsrecht, dessen Folge politische Inhaftierungen, Partei- und Gewerkschaftsverbote, Folter und zahlreiche Todesurteile waren. 1982 wurde eine neue Verfassung beschlossen, die in ihren Grundzügen noch heute Gültigkeit besitzt. Von 1983 bis 1989 wurde die Regierungsmacht langsam wieder an Zivilisten übergeben, jedoch sicherte sich das Militär dauerhaft mehr politischen Einfluss. Nachdem die AKP 2002 an die Macht gekommen war, schränkte die AKP-Regierung unter Erdoğan den Einfluss des Militärs durch Reformen ein. Dies geschah einerseits in Vorbereitung auf den EU-Beitrittsprozess, andererseits aber auch im Eigeninteresse der türkischen Regierung. Da ihr die Streitkräfte der laizistischen Verfassung widersprechende Islamisierungsbestrebungen vorwarfen, sah Erdoğan im Militär eine potenzielle Gefahr. Im Zuge der Reformen besetzte er Schlüsselrollen mit regierungsnahen Personen, sodass der hohe Grad an politischer Autonomie des Militärs eingeschränkt wurde. 2007 wurden bei Razzien durch die Staatsanwaltschaft in Häusern mutmaßlicher Mitglieder des Geheimnetzwerkes „Ergenekon“ in Istanbul Handgranaten und Sprengstoff entdeckt. Ziel des Netzwerkes soll ein Militärputsch gegen die AKP-Regierung gewesen sein. Infolge der Aufdeckung wurden zahlreiche hochrangige Mitglieder des Militärs verhaftet und höhere Offiziere verurteilt. 2011 trat der gesamte Generalstab zurück und wurde neu besetzt. Außerdem wurden die Kontrollbefugnisse des Rechnungshofes und des Parlamentes über die finanziellen Mittel des Militärs gestärkt und eigenmächtige, militärisch initiierte Sicherheitsermittlungen unmöglich gemacht. Die Einschränkung der Macht des Militärs wurde in der Bevölkerung und der Politik der Türkei zum Teil sehr begrüßt. Allerdings zeigt sich gegenwärtig, dass mit diesem Prozess keineswegs eine Stärkung der demokratischen Institutionen einhergeht. Vielmehr zeugen die Unklarheiten des Putschversuches in der Nacht vom 15. auf den 16. Juli 2016 von politischen Machtkämpfen, die zwischen verschiedenen politischen Lagern und dem Militär ausgefochten werden. Vieles deutet darauf hin, dass der Putsch nicht wie die vorherigen durch den Generalstab initiiert wurde, sondern durch Generäle unterer Ränge. Die türkische Regierung macht die *Gülen-Bewegung* für den gescheiterten Staatsstreich verantwortlich, die das Militär teilweise unterwandert habe und die Macht im Staat übernehmen wolle. Zwar gibt es für die Putschinitiative Gülens keine stichhaltigen Beweise, doch lassen Zeugenaussagen und andere Indizien eine Teilunterwanderung des Militärs durch Anhänger der Gülen-Bewegung nicht unplausibel erscheinen. Der Putschversuch scheiterte letztlich aufgrund der niedrigen Beteiligung und des Widerstandes in der Bevölkerung sowie durch das Eingreifen der Polizei. Infolge des gescheiterten Putschversuches kam es zu tausenden Entlassungen und Festnahmen, nicht nur von hochrangigen Militärs, sondern auch von Personal u. a. aus Justiz, Bildungsinstitutionen und Medieneinrichtungen. Den Betroffenen gegenüber wird der Generalvorwurf erhoben, der Gülen-Bewegung nahestehen. Erkennbar ist hierin der Versuch seitens der Regierung, nicht nur den politischen Einfluss des Militärs, sondern auch weiterer staatlicher sowie nicht-staatlicher Institutionen erheblich einzuschränken. Der Kompetenzbereich des Generalstabes wurde dadurch beschnitten, dass die Einheiten der Streitkräfte direkt dem Verteidigungsministerium unterstellt wurden, während die Gendarmerie und die Küstenwache dem

Innenministerium angegliedert wurden. Der Nationale Sicherheitsrat wurde mehrheitlich zivil besetzt. Aufgrund dieser personellen Veränderungen vermuten manche Beobachter, dass sich religiös-konservative Strömungen zunehmend auch im türkischen Sicherheitssektor durchsetzen werden.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit

	2011	2012	2013	2014	2015
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	-	8,92	9,61	11,67	-

Angaben in Milliarden US-Dollar, Die Ausgaben für Sicherheit und öffentliche Ordnung wurden von nationalen Währungen in US-Dollar in jeweils aktuelle Preise umgerechnet.

Quelle: IMF Government Finance Statistics Yearbook 2015

Kommentar

Die türkische Polizei ist dem Innenministerium untergeordnet und weist eine sehr zentralisierte Struktur auf. Die Führung der Polizei, der Generaldirektor für Sicherheit, ist durch den Innenminister bestellt und ihm gegenüber rechenschaftspflichtig. Dem Generaldirektor unterstehen 80 Provinzen, welchen jeweils ein Vier-Sterne-Direktor vorsteht. Er ist für die Ausrichtung der Polizeiarbeit und grundlegende Entscheidungen verantwortlich. Durch die polizeiliche Rechenschaftspflicht gegenüber dem Innenminister untersteht sie der Kontrolle der jeweiligen Regierungspartei. Nach Regierungswechseln ist es deshalb üblich, das Personal auf den Führungspositionen auszuwechseln. Die Politik und die Polizeiarbeit sind eng miteinander verknüpft. Bei regierungskritischen Demonstrationen ist die Polizei in den letzten Jahren vermehrt gewaltsam gegen die Demonstrierenden vorgegangen. Als Gegengewicht zum Militär ist die türkische Polizei vergleichsweise schwach. Verschiedene Regierungen hatten mehrfach den Versuch unternommen, die Polizei und damit auch die eigene Macht gegenüber dem Militär zu stärken. Doch erst der Regierung Erdoğan gelang dies teilweise. So wurde nach dem versuchten Putsch 2016 der Gülen-Bewegung vorgeworfen, eine Unterwanderung der Polizei eingeleitet zu haben. Dies hatte eine Entlassungswelle bei der Polizei zur Folge, bei der zuletzt im April 2017 9.000 türkische Polizisten suspendiert wurden. Die Unterwanderung von Polizei und Justiz durch die Gülen-Bewegung wird allerdings auch durch westliche Sicherheitsstellen vermutet. Denn bis 2013 kooperierten Erdoğan und Gülen, der bis dahin für die Polizeireform zuständig war und dessen Anhänger vermehrt dort arbeiteten. Die religiöse Lehre und die Ideen des islamischen Predigers Fethullah Gülen wirken über ein breites Netzwerk aus Vereinen und Privatschulen sowohl innerhalb der Gesellschaft der Türkei, als auch außerhalb des Landes. Sein Einfluss, u.a. in Polizei und Sicherheitsapparat des Landes, begleitete den Aufstieg der AKP in der Türkei über einige Jahre, ab 2010 kam es jedoch zu abweichenden Interessen im Verhältnis der beiden Seiten und schließlich zum Machtkampf, der 2013 im offenen Konflikt resultierte.

Informationen nach den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Äußerer Weltraumvertrag von 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Unterzeichnet, nicht ratifiziert	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag von 2014	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kommentar

Die Türkei ist fast allen zentralen Abrüstungsverträgen beigetreten, jedoch nicht dem Übereinkommen über Streumunition von 2010. Das Land stellt weiterhin Streubomben her bzw. behält sich das Recht dazu vor und hat dieses Rüstungsgut in den vergangenen Jahren sowohl exportiert, als auch importiert. Zudem gibt es nicht verifizierte Hinweise darauf, dass die Türkei im Kampf gegen die PKK im Südosten des Landes Streubomben eingesetzt hat. 2010 wurden zudem Vorwürfe laut, dass die Türkei in diesem Konflikt auch Chemiewaffen eingesetzt habe. Ein rechtsmedizinisches Gutachten des Hamburger Universitätsklinikums bestätigte auf Grundlage von Fotos, dass acht darauf abgebildete Leichen höchstwahrscheinlich durch chemische Substanzen getötet wurden.

Zwar ist die Türkei dem Ottawa-Vertrag von 1999 beigetreten, jedoch hat das Land seinen Zeitplan zur Räumung seines Gebietes von Antipersonenminen und zur Vernich-

tung seiner Minenbestände zunächst nicht eingehalten. So besaß die Türkei zusammen mit Griechenland Ende 2009 noch 4,2 Millionen Antipersonen-Minen.

EU-Sanktionen gegen die Türkei wurden 2016 vom luxemburgischen Außenminister Asselborn aufgrund der Verhaftungswelle und Menschenrechtslage nach dem versuchten Putsch ins Spiel gebracht, jedoch nicht beschlossen. Der Nationalrat Österreichs stimmte Ende 2016 für ein Waffenembargo gegen die Türkei, was sich auf die Genehmigungspolitik der Regierung jedoch nur empfehlend auswirkt. Trotzdem führte es dazu, dass ein Vertrag zwischen Tümosan und dem österreichischen Unternehmen AVL zur Produktion von Treibwerken für den türkischen Kampfpanzer Altay durch das türkische Unternehmen in Reaktion auf den Beschluss des Nationalrates aufgekündigt wurde. Unter anderem deswegen legte die Türkei 2017 ihr Veto bezüglich Partnerprogramme der NATO mit Österreich ein.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten (mit Einschränkungen)	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten (mit Einschränkungen)	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten (mit Einschränkungen)	http://treaties.un.org
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten (mit Einschränkungen)	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten (mit Einschränkungen)	http://treaties.un.org
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten (mit Einschränkungen)	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten (unter Vorbehalt; mit Einschränkungen)	http://treaties.un.org

Box 6

Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2016

Turkey is a constitutional republic with a multiparty parliamentary system and a president. A unicameral parliament (the Grand National Assembly) exercises legislative authority. Binali Yildirim succeeded Ahmet Davutoglu as prime minister in May. Civilians at times did not maintain effective control over security forces. On July 15, elements of the military staged an unsuccessful coup attempt that killed more than 240 citizens and injured more than 2,100. The government asserted that cleric Fethullah Gulen and his supporters masterminded the coup attempt and engaged in a pattern of subversion of the judiciary and state institutions. The Kurdistan Workers' Party (PKK) and groups linked to it declared autonomy in some cities in the Southeast and undertook attacks on security forces, sparking government responses. Clashes resulted in the death of more than 600 security forces, at least 200 civilians, and an unknown number of PKK terrorists. The violent conflict displaced an estimated 300,000 persons, many of whom remained displaced at year's end. The PKK, its subgroups, and Da'esh also conducted terror attacks throughout the country, resulting in hundreds of civilian casualties. The most significant human rights problems during the year were:

Inconsistent access to due process: Following the July 15 coup attempt, the government on July 20 declared a three-month state of emergency, which was renewed in October, that allowed suspension of some due process protections for those accused of ties to terrorist groups. The government ascribed responsibility for the attempt to the Fethullah Gulen movement, which it defined as a terrorist organization. Courts imprisoned tens of thousands of persons accused of supporting the coup or terrorist groups, in many cases with little clarity on the charges and evidence against them. Government decrees issued under the state of emergency restricted suspects' access to legal assistance, allowed suspects to be held without charge for up to a month, and in some cases froze the assets of suspended or fired civil servants or their family members. Human rights groups documented some cases in which family members were held or subjected to restrictions on their freedom of movement in lieu of suspects who remained at large. The government suspended and dismissed tens of thousands of civil servants, who generally had little access to legal recourse or appeal, and closed thousands of businesses, schools, and associations. Government interference with freedom of expression: The government restricted freedom of expression, media, and the internet, intensifying pressure on the media following the failed coup attempt. Authorities arrested at least 140 journalists, most accused of affiliation with the Gulen movement or connections with the PKK. The government also exerted pressure on media, closing media outlets and publishing associations; conducting raids on media companies; confiscating publications with allegedly objectionable material; instigating criminal investigations of journalists and editors for alleged support of terrorist groups; banning books; instigating gag orders on terrorism-related stories; and blocking internet sites. Self-censorship was widespread amid fear that criticizing the government could prompt reprisals. The closure of nearly all Kurdish-language media outlets reduced vulnerable populations' access to information and alternative viewpoints. The government impeded access by international media and observers to conflict areas, limiting independent reporting about conditions. Inadequate protection of civilians: In fighting the terrorist PKK, government security forces failed to take sufficient measures to protect civilians. Hundreds of thousands of residents of the Southeast were forced to flee their homes and most remained internally displaced at year's end. Upwards of 200 civilians were killed in the fighting. Human rights groups reported that security forces killed and injured

persons who attempted to cross illegally from Syria into Turkey and documented reports of torture and abuse of prisoners following the coup attempt. [...] Impunity was a problem as the government took limited steps to investigate, prosecute, and punish members of the security forces and other officials accused of human rights abuses. A new law approved in July rendered the prosecution of security officers involved in the fight against terror more difficult.

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2016
<http://www.state.gov/j/drl/rls/hrrpt/humanrightsreport/index.htm#wrapper>

Box 7

Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2016/2017

An attempted coup prompted a massive government crackdown on civil servants and civil society. Those accused of links to the Fethullah Gülen movement were the main target. Over 40,000 people were remanded in pre-trial detention during six months of emergency rule. There was evidence of torture of detainees in the wake of the coup attempt. Nearly 90,000 civil servants were dismissed; hundreds of media outlets and NGOs were closed down and journalists, activists and MPs were detained. Violations of human rights by security forces continued with impunity, especially in the predominantly Kurdish southeast of the country, where urban populations were held under 24-hour curfew. Up to half a million people were displaced in the country. The EU and Turkey agreed a "migration deal" to prevent irregular migration to the EU; this led to the return of hundreds of refugees and asylum-seekers and less criticism by EU bodies of Turkey's human rights record.

Quelle: Amnesty International Report 2016/2017: <https://www.amnesty.org/en/countries/europe-and-central-asia/turkey/>

Box 8

Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2017

Bewertung für die Türkei auf einer Skala von 1 für völlig frei bis 7 für völlig unfrei:

Bürgerliche Rechte: 5

Politische Rechte: 4

Gesamtbewertung: Teilweise frei

Die Bewertung des Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Experten, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 9

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2017

The Republic of Turkey regularly holds multiparty elections. Although the prime minister traditionally held most executive power, Recep Tayyip Erdoğan has dominated the government since moving from the premiership to the presidency in 2014. The Justice and Development Party (AKP) has been the ruling party since 2002. After initially passing some liberalizing reforms, the government has shown decreasing respect for political rights and civil liberties, especially in the past five years.

Problem areas include minority rights, free expression, associational rights, corruption, and the rule of law.

Quelle <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/2017/turkey>

Kommentar

Obwohl die Türkei allen UN-Menschenrechtsabkommen beigetreten ist, werden diese in vielen Fällen nicht eingehalten. Zudem hat die Türkei die Abkommen teils vor der Unterzeichnung eingeschränkt. So merkte sie zum Beispiel zum Internationalen Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung an, dies nur bezüglich Staaten umzusetzen, zu denen sie diplomatische Beziehungen pflegt. Innerhalb der Türkei soll das Abkommen nur in Gebieten angewandt werden, in denen die türkische Verfassung gilt, also nicht in den Rückzugsgebieten der PKK. Des Weiteren behält sich die Regierung ihre Zustimmung als Bedingung für Strafverfahren, in welche sie selber involviert ist, vor. Ähnliche Einschränkungen gelten für den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte.

Die Menschenrechtsslage der Türkei hat sich in den vergangenen Jahren massiv verschlechtert, insbesondere mit Blick auf die politischen Bürgerrechte. Schon im Jahr 2010 stellte Reporter ohne Grenzen fest, dass eine hohe Zahl von Journalisten in der Türkei inhaftiert war. Bei den Gezi-Park-Protessen im Jahr 2013 beantwortete der Staat friedliche Demonstrationen mit übermäßiger Gewalt. Bei den folgenden, wochenlangen Demonstrationen im gesamten Land gab es tausende Verletzte und acht Menschen starben. 2014 erweiterte eine Reform die Befugnisse des türkischen Geheimdienstes (MIT). Kritische Meinungsäußerungen durch Journalisten und politisch aktive Bürger wurden im Zuge dieser Entwicklungen zunehmend strafrechtlich verfolgt. Die Parlamentswahlen am 15. Juni 2015 brachten tiefgreifende Veränderungen: Die AKP verlor ihre absolute Mehrheit und die pro-kurdische HDP zog mit 13 Prozent in das Parlament ein. Dies führte einerseits dazu, dass der Friedensprozess zwischen der türkischen Regierung und der PKK erfolglos beendet wurde (siehe: Innere Lage). Andererseits verschlechterte sich die Bürgerrechtsslage weiter, insbesondere für die kurdische Bevölkerung im Südosten der Türkei. Die Bürgerrechte wurden konkret sowohl durch regelmäßige Ausgangssperren als auch durch ein sehr weit gefasstes Anti-Terror-Gesetz eingeschränkt, das primär als Grundlage für Inhaftierungen und Einschränkungen von politischen Rechten dient. Es wurde wiederholt von Folter und Vertreibungen von Kurden berichtet. Im Dezember 2016 warf Amnesty International der Türkei die Vertreibung der kurdischen Bevölkerung aus dem Südosten des Landes sowie Unverhältnismäßigkeit im Kampf gegen die PKK vor.

Nach dem Putschversuch vom 17. Juli 2016 wurde der Ausnahmezustand verhängt und seither mehrfach verlängert. Dieser erlaubt dem Staatspräsidenten ohne Zustimmung des Parlamentes Dekrete zu erlassen. Außerdem wird er als Rechtfertigung genutzt, Grundrechte wie die Versammlungs-, Presse- und Bewegungsfreiheit zusätzlich einzuschränken. Zahlreiche Journalisten wurden verhaftet, Medien geschlossen und Presseausweise annulliert. Regierungskritiker und Menschenrechtsaktivisten werden unter Terrorverdacht gestellt und inhaftiert. Vielfach wird den Inhaftierten auf unbestimmte Zeit kein rechtliches Verfahren gewährt, sodass sie ohne Anklage in Haft ver-

weilen. Seit dem erfolgreichen Verfassungsreferendum für die Einführung eines Präsidialsystems betonte Erdoğan wiederholt auch seine Bestrebungen, die Todesstrafe, ggf. qua Referendum, wieder einzuführen.

Von den vermehrten Verhaftungen und unklaren Haftbedingungen in der Türkei sind auch ausländische Staatsbürger betroffen, wobei teilweise der völkerrechtlich festgelegte konsularische Zugang nicht oder mit erheblicher Verzögerung gewährt wird.

Innere Lage im Empfängerland

Box 10

Politisches System; Auszug aus dem Länderbericht des Auswärtigen Amtes (November 2017)

Die Türkei ist gemäß ihrer Verfassung von 1982 eine demokratische, laizistische, soziale und rechtsstaatliche Republik. Oberhaupt des Staates ist der Staatspräsident. Ministerpräsident und von ihm bestimmte Minister bzw. Staatsminister bilden gemeinsam den Ministerrat, der die Regierungsgeschäfte führt. Die türkische Verwaltung ist zentralistisch organisiert. Das Territorium ist in 81 Provinzen, diese wiederum sind in Landkreise unterteilt, an deren Spitze jeweils ein Gouverneur bzw. ein Landrat als Repräsentant der Zentralregierung in Ankara steht. Daneben gibt es auf der Ebene der Städte und Gemeinden lokale Verwaltungen, deren Leitung von der örtlichen Bevölkerung direkt und mit absoluter Stimmenmehrheit alle fünf Jahre gewählt wird. Mitglieder der Provinz- und Stadträte werden dagegen über Parteilisten mit relativer Mehrheit gewählt, sofern die Partei die Zehn-Prozent-Schwelle überschreitet. Die Kompetenzen sind strikt getrennt. Städte und Gemeinden verfügen nur in relativ geringem Umfang über eigene Einnahmen und sind daher finanziell auf Zuwendungen der Zentralregierung angewiesen. Das türkische Parlament, die Große Türkische Nationalversammlung, wird für vier Jahre gewählt (Mehrheitswahlrecht). Nachdem durch Wahlen am 7. Juni 2015 notwendig gewordene Koalitionsgespräche gescheitert sind, fanden am 1. November 2015 Neuwahlen statt. Es gilt eine landesweite Zehn-Prozent-Hürde für den Einzug einer Partei ins Parlament. Am 16. April 2017 wurde in einem Referendum über weitgehende Verfassungsänderungen abgestimmt, die auf die Umwandlung des Regierungssystems in ein Präsidialsystem abzielen. Mit einer Mehrheit von 51,4% der Wahlberechtigten wurden die insgesamt 18 Änderungsartikel angenommen. Die Mehrheit der Änderungen tritt erst nach der für 2019 vorgesehenen Staatspräsidentenwahl in Kraft. Unmittelbar wirksam sind jedoch eine Verfahrensänderung bei der Ernennung des Hohen Rates der Richter und Staatsanwälte, die Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit und das Ende des Neutralitätsgebots für den Staatspräsidenten. Staatspräsident Erdoğan trat daraufhin im Mai 2017 wieder der AKP bei und wurde am 21.5.2017 zu ihrem Vorsitzenden gewählt. In einem Gutachten zu den in der Türkei geplanten Verfassungsänderungen konstatiert die Venedig-Kommission des Europarats, dass die neue Verfassung keine ausreichenden „checks and balances“ vorsehe, um ein Abgleiten in ein autoritäres Regierungssystem zu verhindern. Eine starke Westorientierung war und ist formal weiterhin Grundpfeiler der modernen Türkei. Die türkische Regierung hatte den Beitritt zur EU als prioritäres Ziel ihrer Politik formuliert. Im Juni 2016 wurde im Rahmen der Beitrittsverhandlungen zwischen der Europäischen Union mit der Türkei das Kapitel 33 (Finanz- und Haushaltspolitik) geöffnet. Seit einiger Zeit stockt die für einen Beitritt nötige Reformpolitik, die EU konstatiert in ihrem letzten Fortschrittsbericht Rückschritte im menschenrechtlichen Bereich. Staatspräsident Erdoğan relativierte das Ziel des EU-

Beitritts öffentlich, hielt dabei aber fest, dass die Türkei den Beitrittsprozess nicht abbrechen werde.

Quelle: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/tuerkei-node/innen/202096>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2016)

Im Jahresbericht 2016 von Transparency International, für den in 168 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten und Politikern durchgeführt wurden, liegt die Türkei auf Platz 75 (2015: Platz 66), zusammen mit Bulgarien, Kuwait und Tunesien. Deutschland liegt auf Platz 10.

Quelle: https://www.transparency.org/news/feature/corruption_perceptions_index_2016

Spannungen und innere Konflikte

Der gewaltsamste Konflikt in der Türkei ist der sogenannte Kurdenkonflikt, der in den letzten 30 Jahren ca. 40.000 Todesopfer forderte. Im Zuge einer strengen Assimilierungspolitik des Staates wurde das kurdische Volk in der Türkei seit dem Ende des Osmanischen Reiches nie als solches anerkannt. Die kurdische Sprache und Kultur wurden lange Zeit verboten und es wurde eine teils gewaltvolle Umsiedlungspolitik durchgeführt, um eine quantitative Dominanz von Kurden im Südosten der Türkei zu verhindern. Hierzu sollen auch deutsche Rüstungsgüter beigetragen haben: Im Jahr 1993 berichtete die deutsche Botschaft, dass BTR-60-Schützenpanzer aus ehemaligen NVA-Beständen im kurdisch geprägten Cizre eingesetzt wurden, was allerdings nicht abschließend bewiesen werden konnte. 2004 wurden Aufnahmen veröffentlicht, welche den Einsatz von in den 1990er Jahren an die Türkei gelieferten deutschen Panzern des Typs BTR-60 im kurdisch geprägten Sirnak in der Türkei zeigen. Die Lieferung dieser Schützenpanzer war eigentlich an ein Abkommen gebunden, welches den Einsatz in inner-türkischen Konflikten ausschloss. Bereits 1995 waren ähnliche Aufnahmen veröffentlicht worden. Auch eine Verwendung von Scharfschützengewehre der Typen SSG508, SSG04 und HK G28 gegen die Kurden kann die Bundesregierung nicht ausschließen, da diese ohne Auflagen bezüglich des Einsatzes innerhalb der Türkei aus Deutschland exportiert wurden. Auch für weitere Waffen und die Produktion von Waffen unter deutscher Lizenz lag keine derartige Auflage vor.

1978 gründete sich die PKK als militante Organisation aus einer Studentenbewegung der 1960er Jahre. 1984 nahm die PKK mit einer gewaltsamen Guerillastrategie den Kampf gegen den türkischen Staat auf. Während sie zunächst das Ziel eines kurdischen Staates verfolgte, rief der PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan 1999 im Anschluss an seine Inhaftierung zu einer ideologischen und strategischen Wende auf. Seither strebt die PKK nach einer zivil-politischen Etablierung und nach kurdischen (Autonomie-)Rechten statt nach einem eigenen Nationalstaat. 2009 bis 2011 wurde unter Recep Tayyip Erdoğan zunächst eine „kurdische Öffnung“ begonnen. Ein offizieller Friedensprozess wurde 2013 eingeleitet, stockte jedoch. 2015 eskalierte der Konflikt erneut im Anschluss an den Anschlag von Suruç (20. Juli 2015), als ein Selbstmordattentat eine kurdische Versammlung traf und 34 Menschen tötete. Für den Anschlag, zu dem sich der sogenannte Islamische Staat bekannt hatte, wies die PKK der türkischen Regierung eine Mitschuld zu und attackierte daraufhin türkische Sicherheitskräfte. Seither ist der gewaltsame Kampf zwischen dem türkischen Militär und der PKK wieder aufgeflammt. Die türkische

Luftwaffe führt wiederholt Angriffe auf mutmaßliche Stellungen der PKK in der Türkei durch. Die PKK ist ihrerseits für Anschläge verantwortlich. Der Südosten der Türkei ist deshalb erneut von kriegerischen Auseinandersetzungen geprägt, wobei sich die Kämpfe auch auf syrisches und irakisches Territorium ausdehnen.

Als zivil-politische Partei etablierte sich seit 2012 die pro-kurdische Oppositionspartei HDP (Halkların Demokratik Partisi, deutsch: Demokratische Partei der Völker). Sie vermittelte im Friedensprozess zwischen der PKK und der türkischen Regierung, wurde jedoch nach der Aufkündigung des Friedensprozesses mit der PKK durch die Regierung jedoch zunehmend kriminalisiert und als politischer Arm der PKK dargestellt. Auf Grundlage des Anti-Terrorismugesetzes wurde im Mai 2016 die Immunität von 50 der 59 HDP-Abgeordneten im Parlament aufgehoben. Die Kovorsitzenden der HDP sitzen in Haft, weil ihnen die Führung einer terroristischen Vereinigung sowie Propaganda für die PKK vorgeworfen wird.

Am 16. April 2017 stimmte die Bevölkerung dem offiziellen Wahlergebnis zufolge mit einer knappen Mehrheit in einem Verfassungsreferendum für die Einführung eines Präsidialsystems, das den Präsidenten mit sehr umfangreichen Rechten ausstattet. Diese Machtkonzentration treibt die Spaltung der türkischen Gesellschaft voran. Sie vertieft die Gräben zwischen Anhängern der islamisch-konservativ geprägten AKP und den Anhängern der kemalistischen Ideologie, die sich auf das laizistisch-nationale Erbe Kemal Atatürks berufen weiter. Auch die Konflikte innerhalb des islamisch-konservativen Lagers zwischen den Anhängern Erdoğan und jenen der Gülen-Bewegung, die insbesondere seit dem vereitelten Militärputsch vom Juli 2016 zunehmend von der Regierung unter Druck gesetzt werden, nehmen zu.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Drei Prozent des Staatsgebiets der Türkei werden geographisch zu Europa gezählt, der Rest zu Asien. Die Türkei verbindet die Regionen Südosteuropa, den Kaukasus und den Nahen Osten. Aufgrund dieser Lage wird die Türkei immer wieder als Energiekorridor für Europa gehandelt, allgemein fungiert sie politisch und in der Handelspolitik als Verbindungsglied zwischen Europa und dem Nahen Osten.

Auf dem Land grenzt die Türkei an Armenien, Bulgarien, Georgien, Griechenland, Irak, Iran und Syrien. Im Schwarzen Meer kommen Seegrenzen zu Rumänien, Russland und der Ukraine hinzu.

Politische Situation in der Region

Die politische Situation in der Region ist erheblich angespannt. Mit Syrien und dem Irak grenzt die Türkei im Süden an zwei Länder, in denen seit mehreren Jahren Krieg herrscht. Durch ihre geographische Nähe ist die Türkei stark von den gewaltsamen Konflikten in diesen beiden Ländern betroffen und auch aktiv in die Kriegseignisse involviert. In Syrien bekämpfen zahlreiche bewaffnete Oppositionsgruppen die regierende Baath-Partei unter der Führung von Staatspräsident Assad. Diese Gruppen setzen sich hauptsächlich aus Freiwilligen und desertierten Soldaten zusammen. Anhänger und

Splittergruppen des Terrornetzwerkes Al-Qaida sind ebenso in die bewaffneten Auseinandersetzungen involviert wie der sogenannte Islamische Staat (IS). Auf allen Seiten sind eine Vielzahl an staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren als Waffenlieferanten und Unterstützer tätig, weshalb der Krieg in Syrien auch als Stellvertreterkrieg bezeichnet wird: Während das Assad-Regime insbesondere von Russland, Iran, Irak und durch die Hisbollah unterstützt wird, leisten unter anderem die USA, die Golfstaaten und Frankreich diversen Rebellengruppen Beistand. Schon 2014 wurde bekannt, dass auch die Türkei moderate Rebellengruppen ausbildet und ausrüstet. Seit August 2016 unterstützt das türkische Militär offiziell oppositionelle Gruppen im Kampf gegen Assad, nutzt diesen Einsatz aber auch, um kurdische Gruppen zurück zu drängen. Medienberichten zufolge wurden hier auch deutsche Leopard-Panzer eingesetzt. Dabei geht es um die im Zuge des Krieges durch die kurdische PYD, eine Schwesterpartei der PKK, ausgerufenen Autonomiegebiete im Norden des Landes, die an die Türkei grenzen. Die Türkei erkennt diese Gebiete nicht an und stuft die PYD ebenso wie die PKK als Terrororganisation ein. Die Türkei geht militärisch gegen die bewaffneten Akteure der PYD – die YPG – vor und griff mehrfach Dörfer und Zivilisten in der Autonomiezone an. Die Verbündeten der USA, zu denen die kurdische YPG-Miliz im Militärverbund Syrian Democratic Forces (SDF) gehört, werden demnach durch den NATO-Partner Türkei bekämpft. Auch Deutschland ist am Kampf gegen den IS beteiligt und dadurch indirekt in den syrischen Gewaltkonflikt involviert. Deutschland stellt Tornado-Aufklärungsflugzeugen und Tankflugzeugen für Luft-Luft-Betankungen von Kampfflugzeugen der Operation Inherent Resolve bereit und ist mit Personal in Stäben und Hauptquartieren sowie an Bord von AWACS-Luftüberwachungsflugzeugen der NATO am Kampf gegen den IS beteiligt. Bis 2016 sind den Konflikten in Syrien Schätzungen zufolge etwa 470.000 Menschen zum Opfer gefallen. Das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR geht davon aus, dass mehr als vier Millionen Flüchtlinge Zuflucht im Ausland gesucht haben. Rund sieben Millionen Menschen seien zudem innerhalb Syriens auf der Flucht. In der Türkei befinden sich ca. drei Millionen syrische Geflüchtete, mehr als in jedem anderen Land.

Der Irak ist stark vom Konflikt im Nachbarstaat Syrien betroffen. 2014 nahm der IS weite Teile des Nord- und Westiraks ein. Der Irak ist von den Flüchtlingsströmen aus Syrien aufgrund des syrischen Bürgerkrieges stark betroffen und verzeichnet selbst ca. 4,4 Millionen intern Vertriebene. Allgemein ist der Irak durch eine Vielzahl militanter Akteure – u. a. zahlreichen (teils mit der Regierung in Verbindung stehenden) schiitischen Milizen, sunnitischen sowie kurdischen Gruppen – gespalten. Konflikte werden immer wieder gewaltsam ausgetragen, hinzu kommt der Einfluss von Al-Qaida-Ablegern, insbesondere im Süden des Landes. Im Nordirak ist das kurdische Gebiet als ein offiziell durch die irakische Verfassung anerkanntes Autonomiegebiet etabliert, was unter anderem aufgrund dortiger bedeutender Ölreserven immer wieder zu Interessenskonflikten führt. Die Türkei gilt als wichtigster Ölabnehmer der von Masud Barzani regierten Region. Am 25. September 2017 hielt die kurdische Autonomieregierung ein Referendum ab, in dem die Bevölkerung für die Unabhängigkeit der Autonomieregion sowie der sogenannten „umstrittenen Gebiete“ stimmte, die von den Peschmerga verteidigt wurden aber auch von der irakischen Zentralregierung beansprucht werden. Am 15. Oktober startete die irakische Zentralregierung daraufhin eine militärische Offensive und eroberte Teile der umstrittenen Gebiete. Die Rolle, die die Türkei im Falle einer sich zuspitzenden Situation einnehmen könnte, bleibt unklar, insbesondere bezüglich der

Fortführung der wirtschaftlich engen Beziehungen zur Autonomieregion. Das Land hat sich bisher ablehnend zu Unabhängigkeitsbestrebungen geäußert.

Im Nachbarland Armenien sind 2016 in der zwischen Armenien und Aserbaidschan umstrittenen Region Bergkarabach wieder Kampfhandlungen zu beobachten gewesen. Die Türkei steht in diesem Konflikt auf der Seite von Aserbaidschan.

Grenzkonflikte

Der Grenzverlauf zwischen der Türkei und Griechenland ist nicht abschließend geklärt. Trotzdem hat sich die Beziehung der beiden Staaten in den letzten Jahren eher nachbarschaftlich-kooperativ gestaltet. 2017 kam es jedoch wieder vermehrt zu sogenannten „Dogfights“, einem Kräfteressen zwischen türkischen und griechischen Kampfflugzeugen im Luftraum der umstrittenen Grenzgebiete. Der Türkei wird dabei eine vermehrte Überschreitung der Luft- und Seegrenzen vorgeworfen.

Zypern ist de facto geteilt, die Türkei besetzt den Nordteil mit circa 43.000 Soldaten und betrachtet diesen als den eigenständigen Staat „Türkische Republik Nordzypern“. Völkerrechtlich wird die „Republik Zypern“ als souveräner ungeteilter Staat Zypern anerkannt. Die im Januar 2017 wiederaufgenommenen Friedensgespräche scheiterten im Juli desselben Jahres.

Zwischen Armenien und der Türkei besteht kein Grenzkonflikt, allerdings sind die Beziehungen historisch und politisch schwer belastet. Streitpunkt ist unter anderem die Weigerung der Türkei, den von Armenien erhobenen Vorwurf des Völkermords an den Armeniern im Osmanischen Reich 1915 und 1916 anzuerkennen. Die 2009 angestrebte Entwicklung diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Staaten ruht de facto aufgrund der nachträglich türkischen Konditionalisierung der Ratifizierung der diesbezüglichen Protokolle an Fortschritte im Konflikt um die Region Bergkarabach, die zwischen Aserbaidschan und Armenien umstritten ist. In diesem Konflikt unterstützt die Türkei Aserbaidschan.

Die irakisch-türkische Grenze ist ebenfalls ein Brennpunkt. Nach dem Sturz Saddam Husseins haben die Kurden im Norden des Iraks ihre Autonomie erklärt, gleichzeitig ist der Kurdenkonflikt in der Türkei noch ungelöst. Seit der Aufkündigung des Friedensprozesses mit der PKK 2015 (siehe oben) fliegt die türkische Luftwaffe wiederholt Angriffe auf mutmaßliche Stellungen der PKK in der Türkei und im Nordirak, wo die PKK über ein Rückzugsgebiet in den Qandil-Bergen verfügt. Im September 2015 überquerten erstmals seit 2011 auch türkische Bodentruppen die Grenze zum Irak, um gegen die PKK vorzugehen. Die türkische Regierung pflegt gute und bedeutende ökonomische Beziehungen zur kurdischen Regionalregierung (KRG) des Präsidenten der autonomen Region Kurdistans Barzani. Diese Tatsache, im Zusammenspiel mit dem gemeinsamen Interesse an einer Schwächung der PKK, führt zu einer Akzeptanz des Autonomiegebietes durch die Türkei. Die Unabhängigkeitsbestrebungen der nordirakischen Kurden lehnt die Türkei jedoch strikt ab. Welche Rolle die Türkei in Folge der Gewalteskalation zwischen den nordirakischen Kurden und der irakischen Zentralregierung spielen wird, ist noch unklar.

Regionale Rüstungskontrolle

Die Türkei ist als NATO-Land Mitgliedsstaat des Vertrags über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE). Der Vertrag entstand im November 1990 vor dem Hintergrund des Endes des Kalten Krieges und legt Obergrenzen für die Anzahl schwerer Waffensysteme, welche im Vertragsgebiet stationiert werden dürfen, fest. In Folge der Unterzeichnung wurden in den teilnehmenden Staaten mehr als 50.000 Waffensysteme zerstört. Insbesondere durch den Austritt Russlands aus dem Vertragsverbund im Jahr 2007 wird die Wirksamkeit des KSE-Vertrages in Frage gestellt. Im Rahmen der OSZE unterzeichnete die Türkei das Wiener Dokument, welches zuletzt 2011 aktualisiert wurde. Es sieht vertrauensbildende Maßnahmen bezüglich der Verwirklichung von Abrüstung sowie militärische Transparenz vor.

Im Rahmen des Dayton-Friedensabkommens vom 21. November 1995 über den Friedensschluss zwischen den Kriegsparteien im ehemaligen Jugoslawien wurde ein politisch verbindliches abschließendes Dokument beschlossen, an dem auch die Türkei teilnimmt. Das ursprüngliche Ziel eines regionalen Rüstungskontrollabkommens scheiterte aber, sodass das Dokument lediglich vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen zwischen den Staaten der Balkanregion und deren Nachbarn auf freiwilliger Basis ermöglicht.

In den vergangenen Jahrzehnten gab es zahlreiche Versuche, regionale Rüstungskontrollmechanismen im Nahen und Mittleren Osten zu etablieren. Sie sind jedoch immer wieder an den zahlreichen Konflikten in der Region, zuvorderst dem arabisch-israelischen Konflikt, gescheitert. Die Abwesenheit von Frieden in der Region ist für viele Staaten eines der wesentlichen Hindernisse, in Beratungen über regionale Rüstungskontrollen und Verhandlungen über eine Massenvernichtungswaffenfreie Zone im Nahen und Mittleren Osten einzusteigen. Bis heute konnten sich die Staaten des Nahen und Mittleren Ostens nicht auf regionale Rüstungskontrollabkommen zur Regulierung von Massenvernichtungswaffen und konventionellen Waffen einigen.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Die Türkei ist seit 1952 Mitglied der NATO. Infolgedessen sind neben den türkischen Streitkräften selbst auch Streitkräfte aus anderen NATO-Staaten auf türkischem Boden stationiert. So hat die NATO durch die USA, die Niederlande und Deutschland auf Wunsch der Türkei ab 2012 Patriot-Flugabwehrsysteme zur Verfügung gestellt (Operation Active Fence), um den türkischen Luftraum an der Grenze zu Syrien vor möglichen Raketenangriffen zu schützen. Die deutsche Beteiligung lief 2016 aus. Im Juni 2016 ersetzte Italien die deutschen Patriots durch SAMP/T-Flugabwehrraketen. Bereits Anfang 2015 hatte Spanien die Niederlande in der NATO-Operation abgelöst. Die USA zog ihre Patriots ebenfalls 2016 ab.

NATO-Flugzeuge sind als Teil der Anti-IS-Operation Inherent Resolve, welche in Syrien und im Irak aktiv ist, am Luftwaffenstützpunkt Incirlik stationiert. In diesem Rahmen hat Dänemark 110 Soldaten und sieben Mehrzweckkampfflugzeuge des Typs F-16AM in der Türkei stationiert. Anfang 2016 stationierte auch die Bundeswehr Tornado-Aufklärungsmaschinen und ein Tankflugzeug in Incirlik. Nachdem die Türkei deutschen

Bundestagsabgeordneten einen Besuch der dort stationierten Soldaten nicht erlaubte, wurden der Abzug der 250 deutschen Soldaten und eine Verlegung nach Jordanien beschlossen. Incirlik wird stark von den USA genutzt, als Basis für Versorgungszwecke der US-amerikanischen Streitkräfte im Irak und in Afghanistan, seit Juli 2015 auch für Luftangriffe auf den IS in Syrien. Seit Oktober 2016 werden von der Türkei aus auch Aufklärungsflüge mit AWACS-Maschinen der NATO geflogen, welche aber ausdrücklich nicht an Kampfeinsätzen beteiligt werden sollen.

Seit 2014 unterstützt auch die deutsche Bundesregierung die kurdischen Peshmerga-Truppen der Regierung der Autonomen Region Kurdistan (KRG) im Kampf gegen den IS mit Waffenlieferungen aus Bundeswehrbeständen. Im Zeitraum von 2014 bis 2016 wurden unter anderem 15.000 Sturmgewehre, 60 MILAN Panzerabwehrwaffen (inklusive 1.200 Lenkflugkörper), Panzerfäuste, Handgranaten und mehrere tausend Schuss Munition aus Deutschland geliefert. Seit Anfang 2015 bildet die Bundeswehr Peshmerga-Kämpfer an den durch Deutschland gelieferten Waffen aus. Das laufende Mandat bis Januar 2018 erlaubt den Einsatz von 150 bewaffneten deutschen Soldaten.

Gefahr von Technologiepiraterie

Laut einer Studie der Business Software Alliance (BSA) betrug die Piraterie-Rate von Software in der Türkei 58 Prozent im Jahre 2015 und ist damit im Vergleich zu 2013 um zwei Prozentpunkte gefallen. Im Vergleich zu anderen Staaten der Region „Mittlerer Osten / Afrika“, befindet sich die Türkei im Mittelfeld. Der aus der Technologiepiraterie entstandene wirtschaftliche Schaden belief sich nach BSA Angaben im Jahr 2015 auf geschätzte 291 Millionen US-Dollar und ist damit gegenüber 2013 (504 Mio. USD) deutlich gefallen.

Quelle: Business Software Alliance (BSA), Global Software Study 2016

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Beigetreten	http://www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Beigetreten	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Handlungen	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
scher Bombenanschläge von 2001		
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Die Türkei ist allen wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen beigetreten. Das Land leidet seit Ende 2015 unter einer hohen Anzahl von Terroranschlägen. Teilweise werden sie der PKK, teilweise dem IS zugeschrieben. Die türkische Grenze spielte lange sowohl bei der Versorgung des IS mit Nahrungsmitteln, als auch bei Öltransporten zur Finanzierung der Terrororganisation sowie den Transit von Freiwilligen aus dem Ausland eine wichtige Rolle. Dies trug der Türkei den Vorwurf ein, indirekte und auch direkte Hilfe für den IS zu leisten, da ein starker IS eine Schwächung Assads bedeutete. Internationale Kritik, zunehmende Anschläge der Terrorgruppe in der Türkei selbst und die erneute Eskalation des Kampfes gegen die PKK haben die Türkei jedoch seit 2016 dazu veranlasst, die Grenze verstärkt zu kontrollieren. Zudem gibt es Hinweise darauf, dass der türkische Geheimdienst MIT Waffen an Rebellengruppen in Syrien lieferte. Unter den Empfängern soll auch die islamistische Al-Nusra-Front gewesen sein. Auch bezüglich Libyens besteht der Verdacht, dass die Türkei islamistische Milizen im Westen Libyens mit Waffen versorgte.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Die Türkei hat sich zu einem strategisch bedeutenden Transitland für Schmuggler und kriminelle Händler zwischen Asien und Europa entwickelt, was insbesondere seit dem sogenannten Arabischen Frühling auch für Waffen gilt. So gab die Türkei beispielsweise im Sommer 2011 an, Waffenlieferungen aus dem Iran an das Regime in Syrien abgefangen zu haben. Im April 2013 wurden auf einem Schiff, welches Libyen ansteuern

sollte, fast 1.000 Repetierflinten und mehr als 400 Handfeuerwaffen entdeckt. Diese und weitere Funde zeigen eine Tendenz des zunehmenden Waffenhandels nach Syrien und Libyen, wo seit Ausbruch des Krieges die Nachfrage stieg. Zudem ist die Türkei sowohl Zielregion als auch ein Ursprungsland von Menschenhandel. Insbesondere aufgrund ihrer geographischen Lage ist die Türkei auch Transitland für Opium aus Afghanistan. So sollen ca. 80 Prozent des in Großbritannien konsumierten Heroins über die Türkei kommen. Nach Angaben des türkischen Außenministeriums machen Beschlagnahmungen von Heroin durch die türkische Polizei 20 Prozent der weltweiten Konfiszierungen aus.

Tabelle 15

Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegszeiten von 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Die Türkei berichtet über ihre Waffentransfers in unregelmäßigen Abständen an das UN-Waffenregister. Seit 2009 stellte die Türkei wiederholt keine Informationen zu Ex- und Importen größerer konventioneller Waffen und Kleinen und leichten Waffen zur Verfügung, sodass ausschließlich Angaben der Handelspartner Aufschluss über den diesbezüglichen Rüstungshandel der Türkei gaben. Seit 2008 berichtet die Türkei zudem nicht mehr über ihre militärischen Bestände oder die nationale Produktion von Rüstungsgütern. Die Türkei übermittelt im Rahmen des Instruments zur Berichterstattung über Militärausgaben Informationen an die UN.

Unerlaubte Wiederausfuhr

2016 erhärtete sich der Verdacht, dass die Türkei islamistische Milizen im Westen Libyens mit Waffen versorgt. Ob dabei auch importierte Güter unerlaubt weitergegeben wurden, ist unklar. Am 19. Januar 2014 wurden drei LKWs des Geheimdienstes MIT auf ihrem Weg nach Syrien gestoppt. Sie sollen mit Waffen (Raketen, Mörser, Artilleriegeschosse, Maschinengewehrpatronen und Munition) beladen gewesen sein. Im Januar 2015 veröffentlichte eine Hackergruppe unter Verschluss gehaltene Protokolle des diesbezüglichen Polizeieinsatzes. Daraus geht hervor, dass der Geheimdienst gegen die

Durchsuchung durch die Polizei protestierte und sie unter Verweis auf den Auftrag durch den Premierminister von der Weiterfahrt überzeugten. Die Waffen sollen angeblich für islamistische Milizen in Syrien bestimmt gewesen sein. Erdoğan stellte die Lieferungen zunächst als Hilfsgüter für Turkmenen dar, später als Staatsgeheimnis. Auf turkmenischer Seite wurde verneint, entsprechende Hilfsgüter erhalten zu haben. Bezüglich dieses Themas wurde von den türkischen Behörden eine Nachrichtensperre verhängt.

Auch wenn die Bundesregierung betont, keine Erkenntnisse über die mögliche Weitergabe deutscher Waffen durch die Türkei zu haben, wurden immer wieder Anträge zu Rüstungsexporten durch die Bundesregierung mit Verweis auf das Kriterium „Risiko der Abzweigung von Militärtechnologie oder Militärgütern im Käuferland oder der Wiederausfuhr von Militärgütern unter unerwünschten Bedingungen“ abgelehnt.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 11

Auszug aus dem Länderbericht des Auswärtigen Amtes (Oktober 2017)

Das durchschnittliche Wachstum des Bruttoinlandsprodukts lag in den letzten 10 Jahren bei über 4%. Nach der Eintrübung der Wirtschaftskonjunktur im Jahr 2016 mit einem Wirtschaftswachstum von 2,9% im Zuge des gescheiterten Putschversuches vom 15. Juli konnte im 1. Halbjahr 2017 mit 5,1% ein überdurchschnittlicher Zuwachs erzielt werden. Ein großer Teil des Wachstums wurde dabei durch kurzfristige staatliche Konjunkturmaßnahmen generiert. Der Tourismus-Sektor konnte zwar bei der Anzahl der Besucher die Verluste des Vorjahrs tendenziell wieder ausgleichen. Die 2016 stark gesunkenen Einnahmen aus dem Tourismus nahmen bis Mitte des Jahres aber lediglich geringfügig gegenüber dem Vorjahr zu. Das chronische Leistungsbilanzdefizit der Türkei bleibt ausgeprägt und betrug im Jahr 2016 ca. 4,3% des BIP. Die Erwartung für 2017 bewegt sich nahezu auf demselben Niveau. Zum Ausgleich ihrer Leistungsbilanz ist die Türkei in hohem Maße von ausländischen Kapitalzuflüssen abhängig. Die türkische Regierung zielt daher durch eine Reihe von Maßnahmen auf eine Verringerung des hohen Leistungsbilanzdefizits ab. Dazu gehört die Verringerung ihrer (Energie-) Importabhängigkeit, u.a. durch die verstärkte Nutzung heimischer Kohle, erneuerbarer Energien und Vorbereitung des Baus von Kernkraftwerken, die Stärkung ihrer Industrieproduktion sowie die Förderung ihrer Exportwirtschaft. Die Türkei wickelt nahezu 40% ihres Außenhandels mit den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ab. Die wichtigsten Ausfuhr-güter sind Textilien, Kraftfahrzeuge bzw. Kfz-Teile, Nahrungsmittel, Maschinen, Elektrotechnik sowie Eisen und Stahl. Das Handelsbilanzdefizit verringerte sich im Jahr 2016 bedingt durch die niedrigen Ölpreise und lag bei ca. 56 Mrd. USD. Für 2017 zeichnet sich durch die Zunahme von Energieimporten aber wieder eine deutliche Erhöhung ab. Hauptursache für das Ungleichgewicht im Außenhandel bleibt weiterhin die hohe Importabhängigkeit an Energie- und Rohstoffen sowie Halbwerten für die Industrieproduktion. Dies hat zur Folge, dass Zuwächse in der Industrieproduktion automatisch weitere Anstiege bei den Einfuhren generieren. Der Abwertungstrend der Türkischen Lira dauert an. Die sich wiederholenden volatilen Ausschläge zeigen, wie anfällig der Kurs weiterhin auf politische Entwicklungen reagiert. Im Zuge des gescheiterten Putschversuches im Juli 2016 sowie der innen- und außenpolitischen Entwicklungen der letzten Monate hat sich der Abwertungsdruck auf die Türkische Lira verstärkt und seit Jahresbeginn 2017 zu einem weiteren Wert-

verlust von rund 15% gegenüber dem EUR geführt. Der Wertverlust der Lira schürt die Inflation, die nach 8,5% im Jahr 2016 auf nunmehr 11,2% (September 2017) gestiegen ist. Sie liegt damit erneut deutlich über dem längerfristigen Inflationsziel der Notenbank (6%). Sorge bereitet ebenfalls die im internationalen Vergleich sehr niedrige Sparquote, die 2016 sogar um 1,4% auf 12,6% des BIP absank, bei gleichzeitiger Überschuldung einer zunehmenden Anzahl von Privathaushalten und Unternehmen. Durch die Förderung von Spareinlagen im privaten Rentenversicherungssystem soll hier eine Besserung erzielt werden.

Quelle: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/ausussenpolitik/laender/tuerkei-node/wirtschaft/201964>

Tabelle 16

Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP (in%)

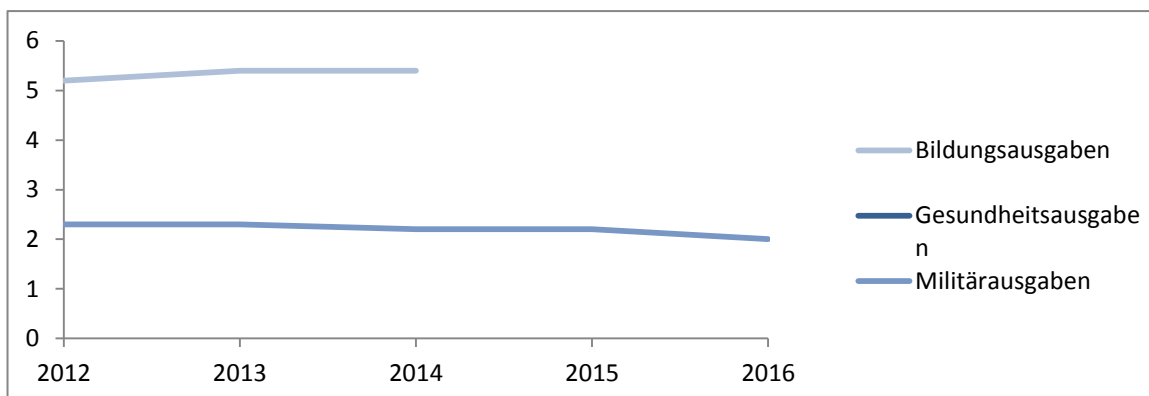
	2012	2013	2014	2015	2016
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	14939	15310	15397	15881	14974 ³
Militärausgaben/BIP	2,3%	2,3%	2,2%	2,2%	2,0% ³
Gesundheitsausgaben/BIP	5,2%	5,4%	5,4%	-	-
Bildungsausgaben/BIP	-	-	-	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2016 als Basisjahr.

Quellen: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP in Prozent



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

³ Schätzungen von SIPRI

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2012	2013	2014	2015	2016
Auslandsverschuldung	347512	395952	401275	397923	400055
Anteil am BIP (in Prozent)	38,78	41,08	43,10	46,18	47,31
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)*	108,34	228,18	603,14	292,9	-
Net ODA (% of GNI)*	0,02	0,03	0,09	0,04	-
Deutsche ODA Zahlungen*	26,46	198,43	293,13	319,53	-

Angaben in konstanten Mrd. US\$ (2015) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mrd. US\$ (2015); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2015).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2012	2013	2014	2015	2016
Militarisierungswert	720	717	716	721	702
Index-Platzierung	21	21	21	19	25

Tabelle 19

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2012	2013	2014	2015	2016
Armenien	Militarisierungswert	833	832	831	715	833
	Index-Platzierung	5	4	3	21	3
Aserbaid-schan	Militarisierungswert	783	785	783	791	775
	Index-Platzierung	9	8	7	6	11
Bulgarien	Militarisierungswert	689	691	686	683	604
	Index-Platzierung	33	31	29	30	60
Georgien	Militarisierungswert	635	638	635	632	619
	Index-Platzierung	52	49	48	50	55

LÄNDERBERICHT \ TÜRKEI

		2012	2013	2014	2015	2016
Griechenland	Militarisierungswert	773	772	777	783	784
	Index-Platzierung	11	10	9	8	9
Irak	Militarisierungswert	648	676	654	677	659
	Index-Platzierung	44	33	39	32	38
Iran	Militarisierungswert	712	703	701	706	711
	Index-Platzierung	27	27	26	26	22
Syrien	Militarisierungswert	840	842	-	-	-
	Index-Platzierung	3	3	-	-	-

Quelle: Global Militarization Index (GMI) – Bonn International Center for Conversion (BICC)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2017.

<http://gmi.bicc.de/index.php?page=ranking-table>

Tabelle 20

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent

		2012	2013	2014	2015	2016
Armenien	Militärausgaben (absolut)	362	407	413	447	423
	Militärausgaben/BIP	3,6%	4,0%	3,9%	4,2%	4,0%
Aserbaid-schan	Militärausgaben (absolut)	2728	2759	2770	3021	1932
	Militärausgaben/BIP	4,7%	4,5%	4,6%	5,6%	4,0%
Bulgarien	Militärausgaben (absolut)	692	740	698	661	756
	Militärausgaben/BIP	1,5%	1,6%	1,5%	1,3%	1,5%
Georgien	Militärausgaben (absolut)	382	347	336	333	315
	Militärausgaben/BIP	3,1%	2,7%	2,5%	2,4%	2,2%
Griechenland	Militärausgaben (absolut)	4905	4581	4543	4948	4986
	Militärausgaben/BIP	2,4%	2,4%	2,3%	2,5%	2,6%
Irak	Militärausgaben (absolut)	4369	8056	7012	9604	6188
	Militärausgaben/BIP	2,2%	3,9%	3,6%	6,5%	4,8%
Iran	Militärausgaben (absolut)	12851	10151	10067	10589	12383
	Militärausgaben/BIP	2,8%	2,3%	2,3%	2,6%	3,0%
Syrien	Militärausgaben (absolut)	Keine Daten	Keine Daten	Keine Daten	Keine Daten	Keine Daten
	Militärausgaben/BIP	Keine Daten	Keine Daten	Keine Daten	Keine Daten	Keine Daten

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2016).

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

Human Development Index (HDI)

	2011	2012	2013	2014	2015
HDI-Wert	0,750	0.754	0.759	0,764	0.767

Quelle: <http://hdr.undp.org/en/composite/trends>

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen. Aufgrund veränderter Berechnungsmethoden sowie unterschiedlicher Verfügbarkeit von Daten ist das Jahr 2011 nicht mit den Jahren zuvor vergleichbar.

Kommentar

Die Türkei wird vom Human Development Index 2016 auf Platz 71 eingestuft. Damit stagnieren die Werte des Landes nach diesem Index seit 2010, nachdem sie sich in den Jahren zuvor gesteigert hatten. Beim Bertelsmann Management Index 2016 liegt die Türkei auf Platz 29, beim Global Competitive Index 2016/17 auf Platz 55. Nachdem die Türkei im letzten Jahrzehnt ein relativ konstantes Wirtschaftswachstum von 4 Prozent verzeichnen konnte, sank das BIP im dritten Quartal 2016 erstmals seit 7 Jahren. Grund dafür sind unter anderem Entwicklungen wie die zahlreichen Terroranschläge und die unsichere Lage seit dem Putschversuch im Juli 2016, die potenzielle Investoren abschrecken. Auch die Direktinvestitionen haben nach dem Putschversuch abgenommen. Insbesondere die Tourismusbranche leidet erheblich unter den innen- und außenpolitischen Entwicklungen seit dem Putschversuch 2016 sowie unter den vermehrten Terroranschlägen.

Im ersten Quartal 2017 stieg das BIP jedoch um 5 Prozent im Vergleich zum Vorjahresquartal, was als Folge eines umfassenden Konjunkturpakets als Reaktion auf den wirtschaftlichen Abschwung zu verstehen ist. Teile dieses Programmes liefen jedoch kurz nach dem Verfassungsreferendum im April 2017 aus. Strukturelle Defizite werden mangelhaft angegangen. So wurde hauptsächlich auf Maßnahmen zur erhöhten Kreditvergabe, Steuersenkungen und gesteigerte Staatsausgaben gesetzt; die defizitäre Leistungsbilanz, die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit, private Verschuldung, Arbeitslosigkeit sowie die hohe Importabhängigkeit der Türkei bleiben jedoch als Risikofaktoren bestehen. Zudem könnte sich die hohe Inflationsrate langfristig auf den innertürkischen Konsum auswirken, sodass die Nachhaltigkeit der Maßnahmen zweifelhaft ist. Die Kreditwürdigkeit der Türkei bleibt niedrig. Neben dem Konjunkturpaket verhalf die erhebliche Abwertung der türkischen Lira von 20 Prozent im Jahr 2016 im Vergleich zu 2015 der Türkei zu mehr Exporten. Für die kommenden Jahre wird wieder mit einem Wachstum um 4 Prozent gerechnet.

Problematisch ist die steigende Arbeitslosenquote von 10,9 Prozent, wobei fast 20 Prozent der Jugendlichen arbeitslos sind (Stand 2016). Flexibilisierungsmaßnahmen des Arbeitsmarktes und Schritte zu mehr Weiter- und Fortbildungsmöglichkeiten wurden durch die Regierung bereits eingeleitet. Problematisch ist jedoch auch der hohe Anteil an Schwarzarbeit sowie die fehlende Anpassung des Mindestlohnes an die Wirtschafts-

entwicklung, wodurch das Existenzminimum nicht unbedingt gesichert wird. Grund dafür ist unter anderem die hohe Inflationsrate bei Lebensmitteln und nicht alkoholischen Getränken von über 15 Prozent.

Mehr als 30 Prozent der Erwerbstätigen sind in der Landwirtschaft beschäftigt. Dennoch ist ein Stadt-Land-Gefälle zu beobachten, welches Teile der ländlichen Bevölkerung in die Metropolen zieht. Zudem sind der Osten und der Südosten der Türkei wirtschaftlich wesentlich schwächer aufgestellt als der Rest des Landes. In diesen Regionen dominiert die Landwirtschaft und dient teilweise der Subsistenzsicherung. Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage im Südosten werden seit den 1980er Jahren durchgeführt, jedoch bis dato mit wenig Erfolg. Auch die dominanten Wirtschaftssektoren in der Türkei divergieren zwischen den einzelnen Regionen stark. Allgemein lässt sich feststellen, dass die Bedeutung des Dienstleistungssektors steigt und aktuell ca. 60 Prozent des BIP ausmacht. Die Leicht- und Schwerindustrie macht ca. ein Viertel des BIP der Türkei aus und ist insbesondere im Westen des Landes angesiedelt.

Die Türkei ist stark von Importen aus den EU-Ländern abhängig, die 2016 ca. 70 Prozent aller Importe ausmachten. Im März 2017 kündigte die EU an, die Fördergelder für die Türkei als Beitrittskandidat deutlich zu verringern.

Die Türkei lag in den letzten fünf Jahren in der Wertung des GMI stets auf einem der Plätze zwischen 23 und 20. Sie investiert also signifikante Ressourcen in den Militärapparat. Allerdings liegt der Anteil der Militärausgaben am BIP mit 2,0 Prozent (2016) unter dem Wert der meisten Nachbarstaaten und der Anteil der Ausgaben für Gesundheit und für Bildung am BIP übersteigt den Anteil der Militärausgaben.